

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



Das gibt Brösel

Bruchlinien in unserer Gesellschaft – was trennt uns, wer gewinnt, wer verliert?

Coverstory / 6

Wider die sozialen Ungleichheiten

Populistische Politik lenkt mit Polarisierung von bestehenden Problemen ab.

Interview / 18

Jeder gegen jeden

Soziologin Wiesböck über das zunehmende Gegeneinander und seine Folgen.

Reportage / 30

Die Risse der Gesellschaft kitten

Zwei Frauen, die selbst in Armut gelebt haben, setzen sich nun für Betroffene ein.



18

Interview

Soziologin Laura Wiesböck beobachtet, dass das Gegeneinander zunimmt und dass Auffassungsunterschiede als feindselig wahrgenommen werden. Mit gravierenden Folgen.



30

Reportage

Daniela Brodesser und Sarah Zeller mussten selbst erleben, was Leben in Armut bedeutet. Diese Erfahrungen nutzen die beiden Frauen, um sich für Armutsgefährdete einzusetzen.

Schwerpunkt

Schwenk zur Desintegration

12

Eine erste Bilanz zeigt, 58 Prozent der integrationspolitischen Maßnahmen sind „größtenteils oder gänzlich desintegrativ“.

Ungleichheit mit System

14

Bildungsgrad der Kinder hängt vielfach von dem ihrer Eltern und dem sozialen Umfeld ab.

Irgendwer profitiert immer

16

Wenn anderen etwas weggenommen wird, befriedigt das manche. Aber wem nützt es wirklich?

Geschlechter aller Länder ...

22

Frauen werden aus dem Arbeitsmarkt gedrängt, Männer sollen als Arbeitsmaschinen funktionieren.

Drecksarbeit

26

Unternehmen profitieren davon, dass Zehntausende Menschen in Österreich unter unwürdigen Bedingungen arbeiten müssen.

Die Armutsfalle

28

Bei der Mindestsicherung kürzen ist wissenschaftlich falsch. Denn Armut führt zu Stress, der wiederum Armut verfestigt.

Ungesunde Spaltung

36

Das Risiko für Unterversorgung und Ungleichheit steigt mit den Sparmaßnahmen der Regierung.

Keine Narrenfreiheit

38

Was emotionalisiert, verbreitet sich gut in sozialen Medien. Das führt zur Polarisierung.

Zersplittertes Europa

40

Europa ist politisch, wirtschaftlich und sozial gespalten. Das Europäische Parlament kann eine wichtige Rolle spielen.

Coverstory

Mit der Spaltung der Gesellschaft lenkt populistische Politik von den eigentlichen Problemen ab: der ungleichen Verteilung von Wohlstand und den dramatischen Folgen von Sozialabbau. Dem gilt es entgegenzutreten.

Standards

Historie: Die rechte Scheinharmonie	4
Standpunkt: Spaltung statt guter Politik	5
Statistiken: ... nichts als die Wahrheit	24
A&W blog	42
Nicht zuletzt – von Renate Anderl	43
News von den AK-Wahlen	44
Man kann nicht alles wissen	46

Erklärungen aller grün markierten Worte.

Impressum

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
Fax: (01) 534 44-100222 Dw.,
Sonja Fercher (CvD),
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.
E-Mail: sonja.adler@oegb.at
Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Bettina Eichhorn, Cynthia Fadenberger, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Bernhard Achitz, Sonja Adler, Thomas Angerer, Lucia Bauer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Brigitte Daumen Garrido, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Richard Halwax, Melissa Huber, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris Krassnitzer, Sylvia Kuba, Heinz Leitsmüller, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Michael Mazohl, Martin Müller, Klaus-Dieter Mulley, Martin Panholzer, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Philipp Schnell, Josef Thoman, Christina Weichselbaumer, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann

Redaktionsmitglieder:

Sonja Fercher (Chefredakteurin),
Sonja Adler (Sekretariat),
Thomas Jarmer (Artdirektion, Grafiken),
Nicola Skale (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Sonja Fercher (Chefredakteurin), Sonja Adler, Michael Bonvalot, Astrid Fadler, Oliver Gruber, Heike Hausensteiner, Alexa Jirez, Sandra Knopp, Michael Mazohl, Beatrix Mittermann, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Henrike Schaum, Udo Seelhofer, Konstantin Wacker, Alexia Weiss

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Neudorf

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50;
Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto;
für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen
ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/ jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Die rechte Scheinharmonie

Rechte und rechtspopulistische Politik behauptet, dass ArbeitnehmerInnen in der „Volksgemeinschaft“ keine eigene Interessenvertretung brauchen.

Vor einem Vierteljahrhundert stand die Existenz der Arbeiterkammern erstmals seit 1945 unter Beschuss – und mit ihr das österreichische Kammersystem insgesamt. Die „Zwangsmitgliedschaft“ würde die demokratische Freiheit einschränken, hieß es, die Unterteilung der Gesellschaft in Interessen-„Lager“ sei überholt. Der Verfassungsexperte Karl Korinek machte damals darauf aufmerksam, dass mit dieser Argumentation ein demokratisches Prinzip infrage gestellt wurde: *Die Einrichtung von Kammern setzt die Überzeugung voraus, dass es nicht ein Volksinteresse, sondern unterschiedliche Interessen in der Gesellschaft gibt, auch wenn dies von bestimmten politischen Ideologien her nur schwer verständlich sein mag.*

Als die Kammern geschaffen wurden, sollten sie als politisches Sprachrohr für Gruppen dienen, deren Interessen bis dahin nicht ausreichend beachtet wurden. Als erste Gruppierung in Österreich erhielt die bürgerliche Unternehmerschaft 1848/49 eine solche Vertretung. Die demokratische Republik stellte den Unternehmerkammern (heute Wirtschaftskammern) im Jahr 1920 die Arbeiterkammern gegenüber, damit auch die ArbeitnehmerInnen ihre Interessen gleichberechtigt einbringen konnten. Das Ziel war eine Politik des Interessenausgleichs auch in der Wirtschaft, um so eine gemeinsame Basis für die junge Demokratie zu sichern, wie deutlich aus den Erläuterungen zur Regierungsvorlage des AK-Gesetzes von 1920 hervorgeht: *Den Kammern der gewerblichen Unter-*

nehmer stehen jetzt für die in Gewerbe und Industrie, in Handel und Verkehr beschäftigten Arbeiter und Angestellten Einrichtungen gegenüber, die nicht nur völlig gleichwertig, sondern auch in ihrem Wirkungskreis derart ähnlich gestaltet sind, dass ein Zusammenwirken der beiderseitigen Körperschaften bei der Lösung von wichtigen Aufgaben der wirtschaftlichen Verwaltung ohne Schwierigkeiten möglich ist. Dies entspricht dem Geist der noch heute gültigen österreichischen Verfassung, die faire Spielregeln zur Austragung von Interessenkonflikten bieten will, aber es als undemokratisch ansieht, diese zu unterdrücken.

Das offene Deklarieren von Interessen vor allem jener, die nicht im Zentrum der Macht stehen, vor allem der Interessen der ArbeitnehmerInnen, wurde von den bis dahin allein bestimmenden Kräften aus Adel und Unternehmertum abgelehnt. Sie sahen darin eine Gefahr für den inneren Frieden, den wirtschaftlichen Aufschwung und für die Sicherheit und lehnten deshalb die demokratische Republik ab. Sie verbündeten sich mit rechts-extremen, faschistischen Bewegungen, die die Demokratie durch eine neue Art der Diktatur ersetzen wollten. Das war noch vor den Nationalsozialisten die austrofaschistische Heimwehrbewegung. In beiden Fällen lautete die Parole: „Statt Klassenkampf Volksgemeinschaft.“ Die Heimwehren schworen im Mai 1930 im „Korneuburger Eid“: *Wir müssen ... alle Bindungen und Forderungen der Parteien unserem Kampfziele unbe-*



© Stadtschreiberei Waidhofen

Die austrofaschistische Einheitsorganisation „**Vaterländische Front**“ signalisierte den sozialdemokratischen und kommunistischen ArbeitnehmerInnen nach der Zerstörung der Demokratie 1933/34, sie hätten jetzt die Chance, den Irrweg des „marxistischen Klassenkampfes“ zu verlassen und endlich Teil der „Volksgemeinschaft“ im gemeinsamen „Vaterland Österreich“ zu werden.

dingt unterordnen, da wir der Gemeinschaft des deutschen Volkes dienen wollen! Die Nationalsozialisten wollten *die Arbeiterschaft der Nation zurückgewinnen.*

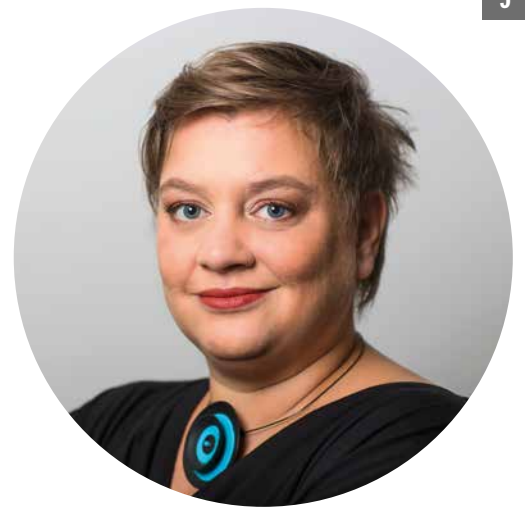
Die Scheinharmonie der „Volksgemeinschaft“ war teuer erkaufte – mit der Ausgrenzung politischer GegnerInnen und aller, die zu „Schädlingen“ der „Volksgemeinschaft“ erklärt wurden. Es endete im Zweiten Weltkrieg und im Holocaust.

Ausgewählt und kommentiert von
Brigitte Pellar

brigitte.pellar@aon.at

Spaltung statt guter Politik

Standpunkt



Sonja Fercher
Chefredakteurin
Arbeit&Wirtschaft

Wetten, dass die Regierung es nicht schafft, länger über ein ihr politisch unangenehmes Thema zu diskutieren, ohne dass sie zugleich ein „Ausländerproblem“ aus dem Hut zaubert? Man muss gar keine aufwendige Recherche betreiben, um zu wissen: Thomas Gottschalk hätte diese Wette gewonnen – vielleicht nicht gleich während der Sendung, aber es hätte nur wenige Tage gedauert.

Dass MigrantInnen zu Sündenböcken gemacht werden, ist bei einer Regierung mit Beteiligung der Freiheitlichen Partei wohl wenig verwunderlich. Immerhin ist dies seit 1986 das wichtigste Rezept dieser Partei, das durchaus auf andere abgefärbt hat. Das Bittere daran: Die „neue“ ÖVP unter Sebastian Kurz hat diese Strategie offen in ihr Repertoire aufgenommen.

Zynische Feindbilder

Erst vor Kurzem war es wieder so weit. Mit der „Sozialhilfe“ hat die Regierung eine Maßnahme verabschiedet, die für jene Menschen, die ohnehin schon mit dem Minimum zurechtkommen müssen, zusätzliche Verschärfungen bringt. In diesem Fall war das Drehbuch etwas komplizierter. Erster Hauptdarsteller: der Migrant, der nach Österreich kommt, aber angeblich nicht aus Not, sondern weil er von den Sozialleistungen profitieren möchte. Kanzler Sebastian Kurz spricht von „So-

zialtourismus“, der beendet werden müsse. Müßig zu erklären, dass es mehr als zynisch ist, bei Flucht und Migration den Begriff „Tourismus“ anzuwenden. Müßig, darauf aufmerksam zu machen, dass Menschen weniger zu etwas hin flüchten, sondern eher vor etwas die Flucht ergreifen. Aber um eine differenzierte Diskussion geht es nicht. Vielmehr geht es darum, möglichst griffige Motive zu finden, um den Sozialabbau zu legitimieren.

Zweiter Hauptdarsteller: der faule Österreicher, der nicht arbeiten, sondern lieber Sozialleistungen „konsumieren“ möchte. Ihn müsse man also disziplinieren, damit er endlich, endlich einen Job annimmt. Müßig zu sagen, dass es nicht genügend Arbeitsplätze gibt. Müßig, darauf aufmerksam zu machen, dass die meisten BezieherInnen der Mindestsicherung (70 Prozent) Menschen sind, deren Einkommen oder Sozialleistung weniger als die Mindestsicherung ausmacht, weshalb ihnen die Differenz zugeschossen wird (AufstockerInnen genannt). Im Übrigen ließe sich durchaus darüber diskutieren, ob das sinnvoll ist, da es sich hier um eine Lohnsubvention für Firmen handelt. Oder darüber, dass die Löhne und Gehälter in Österreich real schon die längste Zeit nicht wachsen; spricht: dass jene Menschen, die den Wohlstand in der Gesellschaft im wahrsten Sinne des Wortes erarbeiten, davon viel zu wenig haben. Doch zurück zur „Reform“ der Mindestsicherung. Fast ist

man versucht zu sagen: Es kam der Regierung gerade recht, dass eine erhitzte Debatte über das Einzelfallkontinuum der FPÖ oder die Verwendung von rechtsextremen Begriffen wie „Bevölkerungsaustausch“ geführt wird. Denn so müssen sie sich nicht auf differenzierte Diskussionen über die Mindestsicherung einlassen. Und sie sind auch nicht gezwungen, bessere Lösungen zu erarbeiten – oder gar Geld woanders frei zu machen, um diese zu finanzieren (etwa beim regierungseigenen PR-Apparat, aber das ist wohl eine zu populistische Forderung).

Noch mehr Spaltung

Genau solche Maßnahmen aber hätten die betroffenen Menschen wahrlich verdient. Zurück zur Fernsehette: Hoffentlich hätte der Stargast seinen Wetteinsatz Institutionen zur Verfügung gestellt, die sich für sozial Schwache oder MigrantInnen einsetzen. Denn es ist leider so, dass die Regierung nicht nur spaltet, sondern zudem jenen das Leben schwer macht, die die Brösel zusammenzukehren versuchen, die durch diese Politik der Spaltung entstanden sind. Dabei müssen nicht nur NGOs und wichtige Beratungsstellen um ihr finanzielles Überleben zittern. Aber es ist vermutlich nur linker Populismus, wenn man anmerkt, dass es kein Wunder ist, dass gerade die Arbeiterkammer nun wieder ins Visier der Regierung geraten ist.

Gesellschaft



in Bröseln

Mit der Einteilung der Gesellschaft in „wir“ und „die anderen“ und dem gekonnten Schüren von Emotionen wollen PopulistInnen von den eigentlichen Problemen ablenken: der ungleichen Verteilung von Wohlstand, den dramatischen Folgen von Sozialabbau für die Menschen und der Schlechterstellung von Frauen und MigrantInnen. Dem gilt es entgegenzutreten.

Text: Sonja Fercher, Dietmar Meister, Alexandra Rotter

Fotos: Michael Mazohl

Die manifeste Spaltung

Spricht man von Spaltung der Gesellschaft, so lassen sich vielerlei Gegensätze finden: InländerInnen vs. MigrantInnen, Inklusion vs. Exklusion, links vs. rechts oder Lohnsteuerpflichtige vs. NiedrigverdienerInnen, Arbeitende vs. Arbeitslose. Fakt ist, dass bestimmte Gesellschaftsgruppen nicht nur verbal von anderen getrennt werden. De facto werden Menschen unterschiedlich behandelt, zum Beispiel indem sie weniger Familienbeihilfe bekommen als andere, indem sie im Schulunterricht separiert werden oder für die gleiche Leistung weniger Geld bekommen. Von diesen Entwicklungen und Tendenzen gibt es derzeit einige: Es werden einerseits gesetzliche Voraussetzungen dafür geschaffen, dass eine Gruppe besser dasteht als eine andere. Zum

anderen haben aber auch lange geprägte Systeme Ungleichheiten hervorgebracht, gegen die zu wenig unternommen wird.

Leistung vs. Sozialleistung

In den Köpfen von breiten Teilen der Bevölkerung hat sich eine Art von Spaltung breitgemacht, die spannend und widersprüchlich zugleich ist. So wird unterschieden zwischen Menschen, die etwas leisten, und denen, die nichts leisten und sich vom Staat versorgen lassen. Dieses Thema wird auch als die sogenannte „Deservingness-Frage“ diskutiert, also die Frage, wem bestimmte Sozialleistungen zustehen und wem nicht. Adi Buxbaum von der AK Wien illustriert es mit einem Beispiel aus dem aktuellen Diskurs zum

Thema Migration: „Die Flüchtlinge kommen zu uns, haben noch gar nichts geleistet und bekommen trotzdem schon Sozialleistungen?“

Buxbaum hält diese Entwicklung für problematisch, wenngleich er eine Erklärung dafür hat, wie es zu dieser Denkweise kam. So seien die Menschen grundsätzlich positiv dem Sozialstaat gegenüber eingestellt – für PopulistInnen eine schwierige Ausgangsbasis, wenn sie genau diesen zurückstutzen wollen. „Wie kommt man also dagegen an, wenn die Menschen an den Sozialstaat glauben? Indem du sagst, dass er nicht funktioniert“, so Buxbaum.

Auch werde behauptet, Arbeitsanreize würden nicht funktionieren, weshalb man auf Kürzungen der Sozialleistungen

auch wenn damit ein sozialer Abstieg einhergeht (außer man strebt an, einen großen Niedriglohnsektor zu etablieren, wie es die Konsequenz von Hartz IV in Deutschland war, das die Regierung nun mit den Plänen zur Abschaffung der Notstandshilfe kopieren möchte); dass ein mangelndes Angebot an Kinderbetreuungs- oder Pflegeeinrichtungen Frauen daran hindert, arbeiten zu gehen, auch wenn sie das möchten, oder ihnen nur einen Teilzeitjob ermöglicht: All diese Differenzierungen und viele mehr fallen unter den Tisch.

Die Konsequenz ist eine aus Buxbaums Sicht „erschütternde“ Bipolarität: Zum einen befürworten 75 Prozent der Menschen einen umverteilenden Sozialstaat. Aber gleichzeitig glauben 80

schiedlich viel haben, wie AK-Expertin Pia Kranawetter kritisiert. Denn in der Theorie soll der Bonus Familien eine Steuerersparnis von bis zu 1.500 Euro im Jahr bringen. Wer aber so wenig verdient, dass er gar keine oder zu wenig Steuern zahlt, fällt um diese Ersparnis ganz oder teilweise um, so Kranawetter.

Die 1,5 Milliarden Euro, die für diese Maßnahme aufgewendet werden, hätten laut Kranawetter auch so eingesetzt werden können, dass sie allen zugutekommen: „Man hat sehr viel Geld in die Hand genommen. Damit hätte man die Kinderbetreuungsdefizite, die es in ganz Österreich gibt, lösen können.“ Und ein gut ausgebautes Kinderbetreuungsangebot hätte wiederum vielen Frauen ermöglicht, mehr zu arbeiten und damit unter anderem auch besser für ihre Pension vorzusorgen.

Im Übrigen hat die AK errechnet, dass ein Ausbau sozialer Dienstleistungen – abgesehen davon, dass er echte Wahlfreiheit ermöglicht – auf Dauer mehr Einnahmen für die Staatskasse bringt, als die Investitionen gekostet haben. Das Argument, wonach Ausgaben für den Sozialstaat „Schuldenmacherei“ seien, ist also mathematisch völlig falsch. Auf welche Maßnahmen man setzt, ist eine politische Entscheidung, so Buxbaum: „Der **Trade-off** ist: Entweder mache ich eine Steuerpolitik, mit der ich die Besserverdienenden zum Teil beachtlich entlaste. Oder ich mache etwas, das allen zugutekommt, und investiere dasselbe Volumen in soziale Infrastruktur. Zweimal sind dieselben Mittel ausgegeben, aber mit unterschiedlichen Effekten.“

„Wie kommt man also dagegen an, wenn die Menschen an den Sozialstaat glauben? Indem du sagst, dass er nicht funktioniert.“

Adi Buxbaum, Referent der Abteilung Sozialpolitik der AK Wien

setzen müsse. Dieser Logik widerspricht Buxbaum: „Gute Arbeitseinkommen lohnen sich sehr wohl. Ist es hoch, bedeutet es letztendlich auch hohe Sozialleistungen im Anlassfall.“ Genau das wurde durch die Deservingness-Debatte zur Gegenerzählung gemacht, die lautet: „Leistung lohnt sich nicht mehr.“ Auf diese Weise werde versucht, gerade die Stärken des Systems schlechtzureden. Diese bestehen nicht nur darin, Menschen im Falle von Krankheit, Verlust des Arbeitsplatzes oder in der Pension den Lebensunterhalt zu sichern. Vielmehr will es auch jenen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen, die aus den verschiedensten Gründen nicht arbeiten können. Dabei darf man nicht vergessen, dass hier die neoliberale Erzählung ihren Niederschlag gefunden hat, nach der man, wenn man sich nur genug anstrengt, „es schaffen“ könne.

Dass es schlichtweg nicht genügend offene Stellen gibt, um der Arbeitslosigkeit auch wirklich ein Ende zu setzen; dass es Sinn macht, Menschen nicht dazu zu zwingen, jeden Job anzunehmen,

Prozent, dass es breiten Sozialmissbrauch gibt. Letzteres lässt sich in der Realität nicht belegen, jedenfalls nicht, wenn es um Leistungen wie die Mindestsicherung geht. Und doch hat sich der Diskurs festgesetzt.

Frauen vs. Männer

Eine weitere Spaltung in Österreich gibt es zwischen den Geschlechtern. Gerade beim Gender Pay Gap steht Österreich im EU-Vergleich besonders schlecht da. Die Ursachenanalyse ist eine komplexe Angelegenheit und hat unter anderem mit Rollenbildern und der Berufswahl von Männern und Frauen zu tun. Das Ausbildungsniveau ist kein Kriterium, denn hier gibt es keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern mehr.

Ohne politische Maßnahmen wie den Ausbau der Kinderbetreuung wird sich hier wenig oder nur langsam etwas ändern. Statt sich hier stärker zu engagieren, setzt die Regierung auf Maßnahmen wie den Familienbonus, von dem Menschen je nach Verdienst unter-

Bildungsspaltungen

In Österreich ist die Bildungsvererbung sozusagen „traditionell“ relativ hoch, sprich: wessen Eltern in den Genuss höherer Bildung gekommen sind, der wird dies selbst auch können. Kinder von Menschen mit Pflichtschulabschluss schaffen den Bildungsaufstieg umso seltener. Diese Art von Spaltung, die sich auf die Berufschancen und auch auf das Einkommen auswirkt, wird schon seit Jahren von der OECD kritisiert. Dabei ist Bildung ein ganz wichtiger Hebel, um der Ungleichheit entgegenzuwirken, wie Margit Schratzenstaller, stellvertretende



„Das Argument, wonach Ausgaben für den Sozialstaat ‚Schuldenmacherei‘ seien, ist mathematisch völlig falsch.“

Leiterin am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), betont.

„Ist Bildung selektiv, ist auch die soziale Mobilität relativ beschränkt. Das hat unter anderem mit der Migration zu tun, aber nicht nur.“ Mit Bildung sei nicht nur die Schule gemeint, sondern „Bildung von Beginn an“, also frühkindliche Bildung – hier habe Österreich sowohl quantitativ als auch qualitativ Aufholbedarf. Und in diesem Zusammenhang sei auch die Integrationspolitik ein Bereich, der in Österreich besser auszustatten sei, so die Wirtschaftsforscherin.

Vermögende vs. Nichtvermögende

Während Österreich bei der Einkommensverteilung relativ gut dasteht, klappt die Schere bei den Vermögen deutlich auseinander – mit der klaren Tendenz zur weiteren Spaltung. Adi Buxbaum kritisiert, dass nichts aktiv dagegen unternommen wird. Vielmehr sorgt die

Forderung nach Erbschafts- und Vermögenssteuern bei so manchen PolitikerInnen regelmäßig für Schnappatmung. Dabei fordern diese sogar unverdächtige Institutionen wie die OECD. Denn Österreich zählt gerade in der Hinsicht zu den Schlusslichtern in der EU: Sie machen nur 0,6 Prozent des BIP aus, im OECD-Durchschnitt sind es 1,9 Prozent.

Gespaltenes Steuersystem

Laut Schratzenstaller vom WIFO wird die Besteuerung von Vermögen in vielen Ländern zurückgefahren. In den meisten Ländern gibt es noch Erbschaftssteuern, die aber „ein bisschen erodieren und an Bedeutung verlieren“. So gebe es einen Trend zur Dualisierung der Steuersysteme, wobei Kapitaleinkünfte ganz oder teilweise aus der progressiven Besteuerung ausgenommen werden und mit relativ geringen Einheitssteuersätzen besteuert werden.

Auch wenn PopulistInnen lieber andere Themen vorantreiben, werden AK und Gewerkschaften nicht müde, all diese Ungerechtigkeiten anzuprangern. Denn: „Die Spaltung der Gesellschaft ist – gesellschaftlich und ökonomisch – ein zu hohes Risiko“, wie Adi Buxbaum festhält. Um dem entgegenzutreten und auf eine gerechtere Gesellschaft hinzuwirken, engagiert sich die Arbeiterkammer in vielen Politikbereichen. Unter anderem setzt sie sich für eine aktive Bildungs- und Integrationspolitik, einen inklusiven Arbeitsmarkt mit guter sozialer Absicherung und für eine Korrektur der Verteilungsschiefen bei Einkommen, Vermögen und Chancen ein. Der Sozialstaat spielt dabei eine wesentliche Rolle, denn anders als PopulistInnen dies gerne darstellen, ist er jenes Instrument, das Ungleichheiten in der Gesellschaft besonders gut ausgleichen kann. Deshalb ist es im Grunde wenig erstaunlich, dass gerade er PopulistInnen ein Dorn im Auge ist.

Die populistische Spaltung

Schon seit vielen Jahrzehnten spielt sie im innenpolitischen Diskurs in Österreich eine wichtige Rolle: die populistische Politik der Spaltung. Das wohl bekannteste Motiv dieser Politik sind MigrantInnen, die angeblich die Sicherheit in Österreich bedrohen oder den Sozialstaat ausnützen. Nicht nur die FPÖ, auch andere Parteien haben sich bisweilen auf diesen populistischen Diskurs eingelassen.

Keine differenzierte Debatte

Heute kennzeichnet er die Politik der gesamten österreichischen Bundesregierung. Aber ist es nicht wichtig, auch solche Probleme anzusprechen? Wurde hier nicht zu lange weggeschaut? Solche und ähnliche Fragen haben durchaus ihre Berechtigung. Der springende Punkt ist allerdings, dass Populismus sich ganz bestimmter Mechanismen bedient, die eine differenzierte Debatte verhindern.



Ein wesentliches Merkmal populistischer Politik sind starke Vereinfachungen und emotional aufgeladene Feindbilder. Vor allem konstruiert sie einen klaren Gegensatz zwischen den Gruppen „wir“ und „die anderen“. Dieses Bild einer zweigeteilten Gesellschaft hat einen großen Vorteil gegenüber allen differenzierteren Betrachtungen: Es lässt sich leicht erfassen. Wer zur einen und wer zur anderen Gruppe gehört, variiert

„Wir“ und „die anderen“ sind auf radikale Weise voneinander getrennt. Die beiden Gruppen verbindet nichts. Vielmehr herrscht zwischen „Wir“ und „den anderen“ eine unüberwindbare Feindschaft.

Außerdem sind die erfundenen Gruppen in sich jeweils vollkommen homogen. Im populistischen Weltbild gibt es kein Dazwischen, keine Grauzone, keinen Pluralismus. Die „Wir“-Gruppe wird von PopulistInnen ausschließlich mit po-

des Asylwesens mit dem Begriff „Industrie“ in den Köpfen der ZuhörerInnen entstehen lassen. Dabei geht es nicht nur darum, Geflüchtete und ihre UnterstützerInnen zu diffamieren. PopulistInnen wollen auch Angst erzeugen, damit die Ablehnung der „Wir“-Gruppe gegenüber der Gruppe der „anderen“ so groß wie möglich wird.

„Das ‚Lieblings-Wir‘ der österreichischen Bundesregierung besteht aus den fleißigen, hart arbeitenden InländerInnen.“

je nach aktueller Taktik anlass- und themenbezogen. Entscheidend ist nicht, wo die Trennlinie zwischen den erfundenen Gruppen verläuft. Zentral ist vielmehr, dass es eine Trennlinie und damit zwei Gruppen gibt. Dahinter steckt eine jahrhundertalte politische Strategie: Divide et impera – teile und herrsche. Dabei wird eine zu beherrschende Gruppe in Untergruppen aufgespalten, die vorgeblich einander widerstrebende Interessen verfolgen. Diese konstruierten Teilgruppen sollen sich dann gegeneinander wenden, anstatt gemeinsam gegen die Machthabenden zu kämpfen, sodass deren Machterhalt langfristig gesichert ist. Umgelegt auf die heutige Zeit: Sie sollen nicht gemeinsam über Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten diskutieren und darüber, wie diese bekämpft werden könnten, nicht über unterschiedliche Interessen und wie man einen fairen Ausgleich erreichen könnte.

„Wir“ und „die anderen“

Sich zwei Gruppen mit unterschiedlichen Eigenschaften vorzustellen und sich oder andere einer der beiden Gruppen zuzuordnen, ist an sich nichts Verwerfliches. Im Alltag sind derartige Einteilungen selbstverständlich. Bin ich RaucherIn oder NichtraucherIn? Bin ich SportlerIn oder nicht? Was den Populismus aber vom Alltag unterscheidet, sind zwei Aspekte: die Intensität und die Ausschließlichkeit.

sitiven Eigenschaften ausgestattet. Diejenigen, die zum „Wir“ gehören, sind allesamt und ausnahmslos ehrlich, fleißig, gut. „Die anderen“ hingegen sind ausschließlich verlogen, faul und böse. Das „Lieblings-Wir“ der österreichischen Bundesregierung besteht aus den fleißigen, hart arbeitenden InländerInnen. Ihre „Lieblings-Anderen“ sind die faulen, den österreichischen Sozialstaat ausnützenden, kriminellen „AusländerInnen“.

Politisches Framing

Damit sich das Weltbild einer geteilten Gesellschaft in den Köpfen der Menschen festsetzt, greifen PopulistInnen auf politisches Framing zurück. Beim Framing geht es nicht um Fakten, sondern um gedankliche Deutungsrahmen, sogenannte Frames, die durch Sprache im Gehirn der ZuhörerInnen aktiviert werden. Immer wenn wir mehrere Dinge zeitgleich wahrnehmen, festigt sich die Verbindung zwischen diesen Dingen in unserem Gehirn. Wurde ein Begriff oft genug wiederholt, brauchen PopulistInnen ihn nur zu nennen, und er aktiviert im Kopf ein ganzes Begriffsfeld: Sagt ein FPÖ-Politiker „Linke“, hören seine AnhängerInnen „Gutmenschen“, sagt er „Asylanten“, tauchen in ihren Köpfen die Begriffe „Sozialschmarotzer“, „Vergewaltiger“ oder „Terroristen“ auf.

PopulistInnen erfinden auch gerne neue Wörter. Ein Beispiel dafür ist das Wort „Asylindustrie“. Die Verknüpfung

„Wir“ sind die Opfer

Wenn Populisten unter Druck geraten, ist eine weitere Unterscheidung von großer Bedeutung: „Wir“ sind die Opfer, „die anderen“ die Täter. Die bedrohlichen „anderen“, vor denen die PopulistInnen „das Volk“ schützen müssen, sind neben den „Ausländern“ vor allem „die Linken“ und „die Medien“. Ein weiteres Kennzeichen populistischer Politik, wie sie von der Regierung betrieben wird: Man zaubert populistische Themen aus dem Hut, wenn ein für die Regierungsparteien unangenehmes Thema auf der medialen Tagesordnung ganz oben steht.

Qualitätsmedien sind für PopulistInnen unbrauchbar. Sie orientieren sich an Tatsachen, überprüfen Aussagen und Zahlen, stellen kritische Fragen und suchen nach Differenzierungen. Deshalb werden sie mit Ausdrücken wie „Lügenpresse“ zu Feinden gemacht. Um ihre Botschaften zu verbreiten, setzen PopulistInnen zudem auf Boulevardmedien und bauen daneben ihre eigene Medienwelt auf. Gekonnt setzen sie zudem auf soziale Medien, die aufgrund ihrer eigenen Logik (was Emotionen schürt, geht gut) für populistische Diskurse besonders gut geeignet sind.

Auf welchem Kanal aber auch immer er geführt wird: Der Spaltungsdiskurs verfolgt nicht allein das Ziel, Menschen gegeneinander aufzubringen. Vielmehr gelingt es PopulistInnen so, von jenen Spaltungen abzulenken, die es in der Gesellschaft tatsächlich gibt, die sie aber gerade nicht bekämpfen wollen.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegh.at



Schwenk zur Desintegration

Aus Integrationspolitik wurde Desintegrationspolitik. Dies verschärft die gesellschaftliche Spaltung und wird die Gesellschaft viel kosten.

Oliver Gruber

Abteilung Bildungspolitik der AK Wien

Österreich ist ein Einwanderungsland. Auch wenn mancher Politiker es nach wie vor bestreitet, so ist die Statistik eindeutig: Jährlich wandern mehr Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft zu als ab. Konkret bedeutet das, dass seit 2010 im Jahresschnitt rund 50.000 Personen pro Jahr dazugekommen sind. Zu ihnen gehören unterschiedliche Personengruppen wie Geflüchtete, ArbeitsmigrantInnen oder nachkommende Familienangehörige, Personen aus EU-Staaten sowie Drittstaatsangehörige.

Sie machen heute einen Bevölkerungsanteil von rund 17 Prozent aus. Neben diesen Neuzuzügen ist Österreich auch durch die Zuwanderung früherer Jahrzehnte geprägt. Der Anteil der **zweiten Generation** beträgt zusätzlich rund 6 Prozent.

All diese Menschen bringen unterschiedliche Voraussetzungen mit. Staatliche Integrationspolitik steht vor der Herausforderung, sie allesamt in die Lage zu versetzen, an den Kernsystemen der Gesellschaft, wie dem Arbeitsmarkt, dem Bildungs- oder dem Gesundheitssystem, möglichst gleichwertig teilnehmen zu können. So zumindest die Theorie. Seit 2010 liegt dafür ein eigener **„Nationaler Aktionsplan für Integration“** vor. Er definiert sieben integrationspolitische Handlungsfelder, in denen seitdem sukzessive Maßnahmen gesetzt wurden.

Der Wind hat sich gedreht

Die Entwicklungen seit 2015 haben jedoch Spuren in der Integrationspolitik hinterlassen. Die türkis-blaue Bundesregierung hat 2017 in ihrem Regierungsprogramm einen Schwenk ange-

kündigt. Integration wird darin skeptischer, noch stärker als eine Frage von „Ordnung und Sicherheit“ behandelt. Neben dem bisherigen Credo „Integration durch Leistung“ rücken vor allem ein stärkerer Kontrollanspruch und schärfere Sanktionen durch den Bund sowie der „Kampf gegen den politischen Islam“ ins Zentrum.

Analyse

Gut ein Jahr später zieht nun ein ExpertInnenbericht im Auftrag von SOS Mensch eine erste Bilanz: Welche konkreten integrationspolitischen Maßnahmen wurden bislang auf Schiene gebracht und umgesetzt? Insgesamt 38 Maßnahmen der neuen Bundesregierung haben ExpertInnen aus Wissenschaft, von Stakeholdern und NGOs dabei identifiziert.

Die Ergebnisse sprechen eine deutliche Sprache: Mehr als die Hälfte der

Maßnahmen (58 Prozent) werden als „größtenteils oder gänzlich desintegrativ“ bewertet. Lediglich 16 Prozent werden als „integrativ“ eingeschätzt, 21 Prozent als „ambivalent“ (das heißt sowohl mit integrativen als auch desintegrativen Aspekten). Fünf Prozent der Maßnahmen waren noch so unkonkret, dass keine Bewertung möglich war.

Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch, resümiert: „Die Analyse der Expertinnen und Experten zeigt ein klares Zurückdrängen von integrativen Maßnahmen durch die Bundesregierung und eine deutliche Forcierung von desintegrativen Maßnahmen. Wertvolle Programme und Projekte wurden gekürzt oder eingestellt, neue Hürden beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit eingeführt.“

Mechanismen der Exklusion

Doch wie genau erfolgt der Ausschluss derer, die eigentlich durch Integrationspolitik zur Teilhabe/Teilnahme ermächtigt werden sollten? Vier Mechanismen stechen dabei heraus. Der erste lässt sich so zusammenfassen: Integration wird gefordert – Mittel dafür werden gekürzt. Besonders prägnant sticht der Widerspruch zwischen Worten und Taten hervor: Während von Zugewanderten lautstark „Integration als Eigenleistung“ gefordert wird, streicht oder kürzt man gleichzeitig die Budgetmittel für viele Integrationsmaßnahmen wie AMS-Mittel für Arbeitsmarktintegration, Gelder zur Bildungsintegration in Schulen oder die Mindestsicherung bei unzureichenden Deutschkenntnissen.

Begründet werden diese Einschnitte nicht zuletzt mit rückläufigen Asylantragszahlen – aus sozialwissenschaftlicher Sicht ein fatales Argument, ist Integration doch ein langfristiger Prozess, der kontinuierlicher Begleitung bedarf. Auch wirtschaftlich sind die abrupten Kürzungen eigentlich unrentabel: Denn einerseits versanden durch das plötzliche Aussetzen bislang aufgebauter Maßnahmen (z. B. dem 2017 verabschiedeten **Integrationsjahr**) die dort bisher investierten Gelder. Zum anderen erwachsen dem Staat langfristig wesentlich höhere Folgekosten, als ihm die Einsparung kurzfristig bringt.

Im zweiten Mechanismus werden Verschärfungen und Segregation als „integrationsförderlich“ verkauft. Zahlreiche Maßnahmen entsprechen einer Sozialpolitik mit Zwang und Strafen, unterstellt wird dabei, dass Menschen erst bei höherem persönlichem Leidens- und Kostendruck aktive Eigenintegration betreiben würden. Das Argumentationsbild der „sozialen Hängematte“ wird spezifisch auf zugewanderte Personen übertragen, wie etwa bei der Kürzung der Mindestsicherung bei unzureichenden Deutschkenntnissen. Un erwähnt bleiben dabei freilich das unzureichende Deutschkurs-Angebot bzw. die hohen Kosten für private Kursbesuche, die vielen Zugewanderten einen kontinuierlichen Besuch von Deutschkursen (vor allem nach dem Anfängerniveau) erschweren.

Verschärft wird diese sozialpolitische Logik durch die Behauptung, es sei sogar im besten Sinne dieser Gruppen, sie von anderen zu trennen (segregieren), um sie so gezielter betreuen zu können – ein Muster, das sich etwa von den getrennten Deutschklassen bis hin zur abgelegenen Unterbringung von Asylwerbern zieht. Dies mag zwar administrative Vorteile für Behörden bringen, integrationsförderlich ist so eine staatlich verordnete Segregation freilich kaum.

Verzögerungen

Bestandteil des integrationspolitischen Schwenks ist drittens die zunehmende Hinauszögerung integrationsfördernder Maßnahmen. Die Aufhebung des Lehrstellenzugangs für Asylsuchende in Mangelberufen oder die verzögerte Zugangsmöglichkeit zur Staatsbürgerschaft für Asylberechtigte sind nur einige Beispiele dafür. Aktiv integriert werden sollen nur noch Personen, deren langfristiger Aufenthalt als vollständig gesichert gilt. Bei anderen Personengruppen soll Integration geradezu verhindert werden. Deutlich ausgedrückt hat dies Staatssekretärin Karoline Edtstadler etwa mit Blick auf die künftig untersagte Privatunterbringung von AsylwerberInnen: Diese führe „im Falle einer Abschiebung zur Belastung für die Asylwerber und für die Beamten“.

Viertens steht ehrenamtliche Integrationsarbeit vor immer größeren Hürden. Nicht nur, dass sich der Staat zurückzieht – zusätzlich sind Ehrenamtliche bei ihren Bemühungen um Integrationsbegleitung mit wachsenden Hürden konfrontiert. Dazu einige Beispiele: Verbot individueller Privatunterbringung von AsylwerberInnen, steigende Privatkosten für die Visa-Erstellung bei Familienzusammenführung oder für den Staatsbürgerschaftserwerb, die Deckelung der Wohnbeihilfe für Erwachsenen-WGs, aber auch Kürzung der Informations- und Betreuungsarbeit für migrantische Sexarbeiterinnen. Dies zeigt: Mit dem Rückzug des Staates aus Fördermaßnahmen bleiben die Kosten künftig noch stärker dem privaten Engagement (und Budget) überlassen, zusätzlich werden die Spielräume für Ehrenamtliche in vielen Bereichen zunehmend eingeengt, wie die geplante Überstellung von Grundversorgung und Rechtsberatung in eine Bundesagentur verdeutlicht.

Verstärkung von Spaltungen

Österreichs Integrationspolitik hat im abgelaufenen Jahrzehnt Schritte gesetzt, die sukzessive ein integrativeres Modell hervorgebracht haben. Nebenbei bemerkt liegt Österreich dabei europaweit immer noch im Mittelfeld. Aktuell kommt es jedoch zu einer Kehrtwende, die durch Förderabbau, Kontrollausbau und Privatisierung der Verantwortung geprägt ist, während Teilhabeermöglichung und breite Einbindung der Mehrheitsgesellschaft an Stellenwert verlieren. Das trägt letztlich zur Verstärkung statt zur Verringerung gesellschaftlicher Spaltungen bei.

Nationaler Aktionsplan für Integration:
tinyurl.com/yxmgbv5d

ExpertInnenbericht im Auftrag von
 SOS Mitmensch:

tinyurl.com/y6ejeql5

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
oliver.gruber@akwien.at

oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Ungleichheit mit System

Bildung soll Kindern gleiche Chancen ermöglichen: Dieser Anspruch wurde in Österreich schon jetzt nicht erfüllt. Türkis-Blau verstärkt die Selektion.

Sonja Fercher

Chefredakteurin der Arbeit&Wirtschaft

Öffentliche Schule, Alternativschule oder gar Eliteschule? Höhere Schule oder Lehre? Gymnasium oder Neue Mittelschule? Schon früh zerbrechen sich Eltern den Kopf, wo sie ihren Nachwuchs hinschicken, um der Tochter oder dem Sohn eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Dass Kinder in Österreich gute Chancen haben, wenn sie sich nur genug anstrengen: Dieses Bild war schon bisher falsch, und doch hält es sich beständig. Die traurige Wahrheit ist vielmehr, dass schon bei den Kleinsten der Gesellschaft Spaltung Alltag ist.

Denn in Österreich hängt wie in kaum einem anderen europäischen Land der Bildungsgrad der Kinder von dem ihrer Eltern und dem sozialen Umfeld ab. Der „Erfolg“ wird regelrecht vererbt: Haben die Eltern nach der Pflichtschule keinen weiteren Abschluss gemacht, schließen nur 7 Prozent ihrer Kinder eine Hochschule ab. Bei einem Lehrabschluss werden 16 Prozent der Kinder AkademikerInnen, bei einer Matura 34 Prozent und bei einem Hochschulabschluss 57 Prozent.

Ein Grund dafür liegt aus Sicht der Arbeiterkammer darin, dass die Verantwortung für den Lernerfolg der Kinder in Österreich hauptsächlich bei den Eltern liegt, während die Schule vergleichsweise wenig ausgleicht. Das wird umso mehr zum Problem, wenn die SchülerInnen nicht in sozial gut durchmischten Klassen- oder Schulgemeinschaften sind. Eine Konzentration schlechter gestellter SchülerInnen verschlechtert die Lerner-

gebnisse deutlich, zeigt die aktuelle Forschung zum Thema.

Eine Analyse der Statistik Austria hat ergeben: Österreichweit und über alle Schultypen für die 6- bis 14-Jährigen hinweg gehen in jede sechste Schule überdurchschnittlich viele Kinder, deren Eltern nur in der Pflichtschule waren. Bis zu vier von fünf Volksschulen in den größeren Städten haben keine ausgewogene soziale Durchmischung.

Selektion statt Chancen für alle

Maßnahmen, um der Ungerechtigkeit im Bildungssystem entgegenzuwirken, sucht man im türkis-blauen Regierungsprogramm vergebens. Vielmehr setzt sie wieder auf stärkere Selektion: Mit den geplanten Tests in der dritten und vierten Volksschulklasse als Vorauswahl für den AHS-Zugang wird das Schulsystem noch selektiver. Auch an den Gymnasien und damit an der frühen Trennung der SchülerInnen hält man wider besseres Wissen fest. Denn wie nicht zuletzt die PISA-Studien zeigen, ist die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen ein wichtiger Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit. Die rot-schwarze Koalition setzte deshalb auf den Ausbau der Neuen Mittelschule. So recht vorangekommen ist man schon damals nicht, zu groß waren die Widerstände in der ÖVP. Türkis-Blau setzt nun wieder auf die trennende Schule.

Dass es auch anders geht, zeigen die skandinavischen Länder. Dort werden schwache Schüler von Beginn an stärker gefördert. Schlechte Leistungen in Mathematik oder Sprachen werden früh

bemerkt und in intensivem Kleingruppenunterricht verbessert. Hierzulande heißt es gerne, der hohe Anteil von MigrantInnenkindern in den Klassen sei schuld an den schlechteren Leseleistungen österreichischer SchülerInnen. Eine Kritik, aus der versucht wird politisches Kapital zu schlagen. Doch der Vorwurf kann mit einem Blick nach Nordeuropa widerlegt werden. In Schweden oder Finnland sind viele SchülerInnen ebenfalls nicht mit der Landessprache aufgewachsen. Dank individueller Förderung macht man dies wett.

Lösungen für mehr Chancengleichheit liefern die AutorInnen einer OECD-Studie, die die Bildungssysteme einem Ländervergleich unterzogen. Der Einfluss des sozialen Hintergrunds auf die Schulauswahl und den Erfolg lasse sich reduzieren: Umfassende Investitionen in frühe Bildung und eine bessere soziale Durchmischung an den Schulen sind dafür notwendige Grundvoraussetzung, so die OECD-ExpertInnen.

Ungerechte Mittelverteilung

Ein erneuter Blick in die Statistik zeigt: Jede sechste Schule in Österreich kann ihre Kinder aufgrund der Lernumgebung nicht fördern. Ein Problem dabei ist die Verteilung der Mittel, denn diese funktioniert momentan nach dem „Gießkannenprinzip“, wie AK-Experte Philipp Schnell kritisiert. Eine IHS-Studie bestätigt: Genau jene Schulen mit besonderen Herausforderungen, medial gerne als „Brennpunktschulen“ titulierte, erhalten im Vergleich zu privilegierten Schulen viel zu wenig Mittel.

„Es bräuchte eine Basisfinanzierung für alle und zusätzliche Förderungen, die sich entlang des Grades der sozialen Herausforderung orientieren“, fordert Schnell. Dazu gehören zusätzliche LehrerInnen und SozialpädagogInnen ebenso wie die Nachmittagsbetreuung. „Wenn wir es schaffen wollen, dass benachteiligte Kinder faire Chancen haben, dann müssen Volksschulen besser ausgestattet werden“, fordert Schnell. Dazu hat die Arbeiterkammer ein Chancen-Index-Modell entwickelt. Dabei sollen Schulen mit großen Herausforderungen mehr finanzielle Zuschüsse erhalten.

Gerechtere Mittelverteilung

Basis für die Berechnung der Fördermittel ist der Bildungshintergrund der Eltern und die Alltagssprache der Kinder. Die Finanzierung für Volksschulen und Neue Mittelschulen würde rund 300 Millionen Euro pro Jahr betragen. Der zusätzliche Budgetbedarf für den Chancen-Index in der Volksschule beträgt rund 176 Millionen Euro. Dann würde Österreich bei Volksschulen so viel ausgeben, wie es dem OECD-Länderdurchschnitt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, entspricht. Bildungsminister Heinz Faßmann begrüßte zwar den Vorschlag – die Umsetzung aber blieb er bislang schuldig. Das von der AK favorisierte Modell wird in den Niederlanden im Übrigen schon seit 25 Jahren erfolgreich angewandt. Auch in Hamburg und Dortmund macht man damit seit vielen Jahren positive Erfahrungen. So konnten beispielsweise bei der PISA-Studie erhobene Kompetenzen verbessert werden.

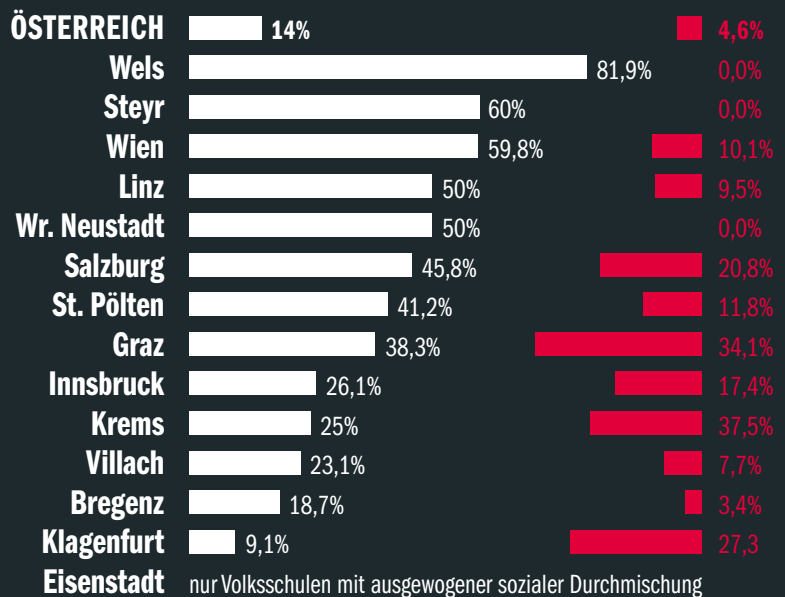
Ein weiteres Rezept, um der Spaltung der SchülerInnen entgegenzuwirken, sind Ganztagschulen. Traditionell gibt es in Österreich mehrheitlich Halbtagschulen, die eine Reihe an Nachteilen mit sich bringen. So muss sich der Unterricht auf den Kern des Lehrplans konzentrieren und kann Interessen im Freizeitbereich und soziales Lernen schwer einbeziehen. Nicht zuletzt werden Eltern vom Halbtagschulsystem zu unfreiwilligen NachhilfelehrerInnen gemacht. Eine aktuelle IFES-Umfrage für Wien zeigte: Neun von zehn müssen am Abend nach der Schu-

le mit ihren Volksschulkindern lernen, fast die Hälfte sogar täglich. Erneut haben jene SchülerInnen einen Vorteil, deren Eltern ihnen aufgrund des eigenen Bildungshintergrunds helfen oder sich teure Nachhilfestunden leisten können.

Die AK setzt sich deshalb für einen Ausbau der „verschränkten Ganztagschule“ ein, auch echte Ganztagschule genannt. Das bedeutet, dass Unterricht, Üben, Sport und Freizeit über den ganzen Tag verteilt werden. Die rot-schwarze Regierung hatte dafür zusätzlich 750 Millionen Euro vorgesehen. Türkis-Blau hat diese nun gestreckt: Sie sollen nicht bis 2025 ausgegeben werden, sondern erst bis 2032. Dadurch steht jährlich nur mehr halb so viel Geld zur Verfügung, kritisiert die AK.

In Schweden und auch in Frankreich hat man damit gute Erfahrungen. In beiden Ländern ist Ganztagsbetreuung in der Pflichtschule der Normalfall. Gerade das schwedische Modell gilt als vorbildlich: FreizeitpädagogInnen verfügen nicht nur über ein hohes Ausbildungsniveau, sondern kooperieren eng mit den LehrerInnen und helfen bei den Hausaufgaben.

Getrennt schon mit sechs Jahren



■ Volksschulen mit vielen Kindern mit großem Förderbedarf
 ■ Volksschulen mit vielen Kindern mit wenig Förderbedarf

Wenn man all diese Baustellen bedenkt, nimmt es nicht wunder, dass Eltern schon einmal der Kopf zu rauchen beginnen kann. Um den Bildungsdschungel im Land etwas zu lichten, hat die AK im Februar das Bildungs-Navi eingeführt. Jugendliche ab dreizehn Jahren und deren Vertrauenspersonen können sich dort effizient über die verschiedenen Möglichkeiten der Schul- und Berufsausbildung informieren. „Es läuft gut an, die Nachfrage ist jedenfalls da“, resümiert Schnell. Allerdings ist auch das nur ein Stützrad an einem schlecht gebauten Fahrrad. Wichtig wäre es, die systematische Ungleichbehandlung im Schulsystem endlich anzugehen.

Ergebnisse der Standardüberprüfung Mathematik, 4. Schulstufe (2018) im Überblick:

tinyurl.com/y2fdk59h

Chancen-Index:

www.chancenindex.at

AK Wien – Abteilung Bildungspolitik:

tinyurl.com/y4gslsa6

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

sonja.fercher@oegb.at

oder an die Redaktion

aw@oegb.at

Irgendwer profitiert immer

Wenn anderen etwas weggenommen wird, befriedigt dies manche, die selbst vom Sozialstaat unterstützt werden. Nur warum? Und wem nützt es wirklich?

Alexia Weiss

Journalistin und Autorin

Wenn man den Profit aus angelegten Vermögen so hoch besteuert wie Erwerbseinkommen, erreicht man mehr Verteilungsgerechtigkeit in einer Gesellschaft. Ähnlich verhält es sich mit der Besteuerung von Erbschaften. Aber auch ein starkes soziales Netz verhindert das Ansteigen von Armut und sorgt für eine bessere Verteilung der vorhandenen finanziellen Mittel einer Gesellschaft.

Es sind Gesellschaften mit guter Verteilung, die funktionieren und sich positiv entwickeln, betont Norman Wagner, Referent für Armuts- und Verteilungsfragen in der Arbeiterkammer Wien, im Gespräch mit der Arbeit&Wirtschaft. Ein Beispiel sind skandinavische Länder. „Aber auch in Mittel- und Westeuropa gab es über viele Jahre eine gute Verteilung – nun wird das kontinuierlich weniger.“

Gegeneinander ausspielen

Österreich schwimmt in diesem Strom mit. Die amtierende ÖVP-FPÖ-Regierung hat gerade das 2010 eingeführte System der Mindestsicherung umgebaut. Die Rückkehr zum Begriff „Sozialhilfe“ ist dabei sowohl ideologisches als auch realpolitisches Programm. Mit Slogans wie „Leistung muss sich wieder lohnen!“ werden Erwerbstätige gegen Bedürftige ausgespielt. Letztere müssen künftig mit weniger Geld als bisher auskommen.

Die künftige Sozialhilfe sieht einen Höchstbeitrag vor statt wie bisher einen

Mindestbeitrag, kritisiert Wagner. Man orientiert sich dabei am Ausgleichszulagenrichtsatz für PensionistInnen. Dieser liegt derzeit bei 885,47 Euro für eine alleinstehende Person. Paare bekommen um 88,55 Euro weniger als bisher, Familien mit einem Kind um 26,57 Euro, Familien mit drei Kindern um 168,24 Euro weniger als im Mindestsicherungssystem.

Weniger wert?

Doch das Spalten funktioniert auch noch auf der untersten Ebene: So wird die Mindestsicherung bei Menschen ausländischer Herkunft um rund 300 Euro gekürzt, wenn sie weder einen österreichischen Pflichtschulabschluss haben noch bestimmte Sprachkenntnisse (Deutschsprachzertifikat des Levels B1 oder ein Englischzeugnis des Levels C1 gemäß gemeinsamem Europäischem Referenzrahmen für Sprachen). Etikettiert wird das als „Arbeitsqualifizierungsbonus“. Es wird argumentiert, dass eine der Bedingungen für den Bezug der Sozialhilfe ist, dass man dem Arbeitsmarkt grundsätzlich zur Verfügung steht. Dazu brauche es entsprechende Sprachkenntnisse.

„Die Regierung setzt alles daran, die Sozialkürzungen als Kürzungen bei Menschen, die weniger wert sind, zu verkaufen“, konstatiert Alexander Pollak, der Sprecher von SOS Mitmensch. Es werde betont, dass ein großer Teil der MindestsicherungsbezieherInnen Migrationshintergrund habe, es werde von migrantischen Großfamilien gesprochen und von Geflüchteten. „Es wird damit ein Spaltungsdiskurs be-

dient, der suggeriert, es treffe eh nur die anderen, die Fremden, die nicht hierhergehören und nicht so viel an Leistungen verdient haben.“

Neiddebatte

Doch wem hilft es, dass die Flüchtlingsfamilie, der Asylstatus zuerkannt wurde, monatlich um Hunderte Euro weniger bekommt als das österreichische Paar mit Kindern? Das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz führt zu keinen Einsparungen im Bereich Mindestsicherung bzw. nunmehr Sozialhilfe, betont AK-Experte Norman Wagner. Das sei den Beilagen zum Gesetzestext in der Fassung, wie er im März vom Ministerrat beschlossen wurde, zu entnehmen. Die Regierung gehe sogar von Mehrkosten aus.

Grundsätzlich werden die Ausgaben für Mindestsicherung oder Sozialhilfe gerne als hoch dargestellt, de facto ist ihr Anteil an den gesamten Sozialausgaben aber gering. 2017 betrug dieser nicht einmal ein Prozent, so Wagner. Rund eine Milliarde Euro wurde für die Mindestsicherung aufgewandt, die gesamten Sozialaufwendungen betrugen 106 Milliarden Euro.

Auch die österreichische Familie, die künftig ebenfalls mit etwas weniger Geld als bisher auskommen muss, hat monetär nichts von der Diskriminierung von Menschen ausländischer Herkunft. Bedient wird hier allerdings die Emotion Neid, wie Martin Schenk von der Armutskonferenz erklärt. Der Philosoph [Baruch de Spinoza](#) habe Neid als „trübsinnige Leidenschaft“ gewertet. Sie sage „du oder ich“, aber nie „wir



beide“. Neid sei eine Waffe gegen das Gemeinsame, „ein Instrument, um diejenigen, die sich eigentlich zusammen-schließen könnten, zu spalten. Der Neid ist der Feind des Miteinander und der Freund der Mächtigen. Diese Verblendung, dass der Neider lieber selbst auf etwas verzichtet, als es dem Beneideten zu gönnen, schadet ihm selbst und nützt den weit Mächtigeren.“

Wem nützt also diese Neuordnung der Sozialhilfe? AK-Experte Wagner sieht „Härte gegenüber den Schwächsten in der Gesellschaft“ als Ziel. So wird der Druck erhöht, dass Menschen jegliche Art von Beschäftigung akzeptieren. Die Folge ist die Zunahme von prekärer Beschäftigung. Schenk unterstreicht diese These und verweist auf die Situation in Deutschland. „Die fatale Nebenwirkung von Hartz IV war ein riesiger Niedriglohnmarkt.“ Mindestlöhne würden so unter Druck geraten.

Disziplinierung

Das neue Sozialhilfegesetz orientiere sich am bisherigen niederösterreichischen Mindestsicherungsmodell, erklärt Wagner. Dieses sehe eine Arbeitsverpflichtung vor. Rasenpflege, Straßenkehren, Schneeräumung seien Tätigkeiten, für die MindestsicherungsbezieherInnen dort herangezogen würden – ohne Mindestlohn, ohne Kollektivvertrag, ohne Anrechnung für die Pension. Denn über die Mindestsicherung hinaus bekommen diese Menschen nichts bezahlt.

Das solle nun offenbar in ganz Österreich Schule machen. „Man nimmt

also auf der unteren Ebene Menschen Jobs weg und verpflichtet andere, sie zu übernehmen. Hier geht es auch um die Disziplinierung von Beschäftigten“, befürchtet der AK-Experte. „Arbeit, von der man nicht leben kann, ist das große verschwiegene Thema hinter der Debatte um die Mindestsicherung“, prangert Schenk an.

Doppelt zynisch

Damit ist der Slogan von Leistung, die sich lohnen müsse, doppelt zynisch. Arbeit wird so billiger gemacht, was auch dazu führt, dass die Mittelschicht bröckelt und die Abstiegsängste zunehmen. „Und mit den Abstiegsängsten kommen dann auch Ressentiments gegenüber anderen“, bedauert Wagner. Damit gehe das Kalkül der Regierung auf. Die Sündenbockpolitik lenke davon ab, dass viele Menschen für weniger Geld als bisher arbeiten sollen.

Die Folgen sind verheerend, sind sich die Experten einig. „Es wird mehr und tiefere Armut in Österreich geben“, so Pollak. An die 100.000 Menschen seien zusätzlich armutsgefährdet, habe das **Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung** errechnet, sagt Schenk. Österreich werde insgesamt „ein kälteres Land, die Schere zwischen Reich und Arm wird weiter aufgehen. Das wird auch auf den Straßen spürbar sein“, betont der Sprecher von SOS Mitmensch.

Das unterstreicht auch AK-Experte Wagner. „Es gibt so immer weniger Möglichkeiten, dass sich Menschen über den Arbeitsmarkt in der Gesell-

schaft einfinden.“ Dadurch sei der soziale Frieden in Gefahr. „Das wird man nicht heute oder morgen spüren, aber in ein paar Jahren schon.“

Mit Peanuts abgespeist

Verschärft wird dies durch zahlreiche andere Maßnahmen der Regierung. So wird zum Beispiel die Integration bereits anerkannter Flüchtlinge Schritt für Schritt erschwert. Es gibt weniger Deutschkurse und kaum Bemühungen der öffentlichen Hand, Menschen für den österreichischen Arbeitsmarkt durch entsprechende Qualifizierung fit zu machen.

Kürzungen gibt es aber nicht nur im Integrationsbereich, sondern auch im Schulwesen. Niedrige Qualifikation ist auf einem Arbeitsmarkt, in dem zunehmend nur gut Qualifizierte Erfolg haben, jedoch fatal, gibt Wagner zu bedenken. Doch auch hier gilt: Der Druck auf Erwerbstätige und Arbeitssuchende nützt vor allem der Arbeitgeberseite. Menschen in Not kann man leicht mit Peanuts abspeisen.

Online-Schwerpunkt zum Thema
Mindestsicherung neu:

www.arbeit-wirtschaft.at/soziales

Informationen zu den Regierungsplänen zur
Abschaffung der Notstandshilfe:

sosnotstandshilfe.at

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
alexia.weiss@yahoo.com

oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Jeder gegen jeden

Wenn Vorurteile der Gesellschaft schaden

Interview: Sandra Knopp, Udo Seelhofer

Fotos: Michael Mazohl

Soziologin Laura Wiesböck von der Universität Wien hat beobachtet, dass in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen mehr übereinander geschimpft, statt miteinander gesprochen wird. Viele nehmen politische Auffassungsunterschiede als feindselig wahr. Für die Gesellschaft hat das gravierende Folgen.

Arbeit&Wirtschaft: Linke vs. Rechte, Emanze vs. Macho: In Ihrem Buch „In besserer Gesellschaft“ schreiben Sie, dass es heute viele Gruppen gibt, die einander abwerten. Wie tief geht die gesellschaftliche Spaltung?

Laura Wiesböck: Es sind auf vielen Ebenen Entsolidarisierungsprozesse zu beobachten, etwa im Bereich Arbeitslosigkeit, wo es einseitige Schuldzuweisungen gibt: Man habe sich das ausgesucht, ruhe sich auf Kosten anderer aus. Abwertende Vorurteile im Bereich Migration und Flucht sind nicht neu, aber aktuell sehr deutlich zu beobachten. Migration, Arbeitslosigkeit und Armut – all das wird zur moralischen Wertepfung, ob man Ansprüche auf soziale Absicherung auch verdient hat.

Wie gehen wir mit Menschen um, die eine andere Einstellung oder Lebensführung haben?

Politische Andersartigkeit wird zunehmend als feindliche Gesinnung wahrgenommen. Das Gegenüber wird nicht nur zu einem ideologischen Gegner, sondern zu einem Feind, dem man unterstellt, den eigenen Lebensstil zerstören zu wollen. Durch diesen Umgang tritt ein Grundelement der Demokratie in den Hintergrund: der Kompromiss.

Wieso braucht der Mensch Abgrenzung?

Weil er ein soziales Wesen ist und seine Identität stark über eine Gruppenzugehörigkeit bezieht. Soziale Gemeinschaften bauen auf Grenzziehungen auf. Dagegen ist auch nichts einzuwenden. Wenn man aber andere Gruppen nicht nur als andersartig, sondern als minderwertig wahrnimmt, kann das den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.

Vor allem, wenn man nicht miteinander redet, sondern übereinander.

Ja, oder wenn man Menschen vorschnell kategorisiert. Oft wird keine Kritik an Aussagen geübt, sondern versucht, die Person zu denunzieren. Das kann man auch im progressiven Milieu beobachten, etwa wenn Social-Media-NutzerInnen sagen, ein Politiker sei dumm, statt auf seine Aussage einzugehen.

Ich sehe das sehr kritisch. Persönliche Abwertung reduziert Komplexität. Man erspart sich, immer wieder auf Inhalte einzugehen.

Wer profitiert davon?

Wenn bestimmte Gruppen abgewertet werden und weniger Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen haben, profitieren häufig Personen in privilegierten Positionen davon. Privilegien sind unver-

diente Vorteile in der Gesellschaft, die bei der Geburt bestimmt werden und über gesellschaftliche Chancen entscheiden. Dazu zählen Geschlecht, Staatsbürgerschaft, Hautfarbe, sexuelle Orientierung oder auch die soziale Herkunft der Eltern. Armut wird in Österreich stark vererbt. Für mich als Soziologin ist es interessant zu sehen, welche Maßnahmen es hierzulande und in anderen Ländern gibt, um Chancenungleichheit politisch gegenzusteuern.

Die Debatte um 1,50 Euro Stundenlohn für AsylwerberInnen oder die Staffelung der Zuschüsse für Kinder bei der Mindestsicherung: Was halten Sie von diesen Maßnahmen?

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive wissen wir, dass mit diesen Maßnahmen Armut erzeugt wird. Das ist für das gemeinschaftliche Zusammenleben hinderlich. Wir können unterschiedliche Effekte prognostizieren: So könnte die Abhängigkeit von migrantischen Frauen gegenüber deren Partnern zunehmen, wenn sie nicht ausreichende Deutschkenntnisse haben und die Mindestsicherung um 300 Euro gekürzt wird. Durch diesen ökonomischen Druck können sich etwa Frauen in einer Gewaltbeziehung noch schwerer aus dieser Spirale befreien.

Welche Strategie wird verfolgt?

Es ist ersichtlich, dass versucht wird, einzelne Gruppen gegeneinander auszuspielen, vor allem in weniger privilegierten sozialen Schichten.

Auf welchen Ebenen finden diese Abwertungen statt?

Wir sind stark geprägt von Sprache, Diskursen und Bildern. In meinem Buch beschreibe ich etwa, wie Armut in gescipteten Reality-TV-Formaten auf menschenverachtende Weise dargestellt wird. Gezeigt werden übergewichtige Menschen, die ihre Kinder vernachlässigen, ungesund leben oder gewalttätig sind. Diese Bilder schaffen eine gewisse Form von Wahrnehmung.

Der abwertende Blick kann übernommen werden, selbst wenn man Teil dieser Gruppe ist. Dann wollen sich Betroffene innerhalb der abgewerteten Gruppe abgrenzen, etwa wenn ein Arbeitsloser auf Langzeitarbeitslose herabblickt, die er im Gegensatz zu sich als leistungsunwillig bezeichnet, oder wenn eine Migrantin die FPÖ wählt und sich gegen andere „Ausländer“ positioniert, weil die sich nicht integrieren wollen.

Apropos Wording: Es heißt nun Sozialhilfe statt Mindestsicherung.

Sprache und Diskurse vermitteln gewisse Werte. Es kommt darauf an, aus welcher Perspektive armutsbetroffene Menschen betrachtet werden: als Bittsteller, die für soziale Absicherung dankbar sein müssen – oder als Gesellschaftsmitglieder mit Anspruch auf ein würdevolles Leben.

Warum gilt die Mindestsicherung für viele Menschen als „soziale Hängematte“?

Es wird suggeriert, dass Menschen sich freiwillig für Arbeitslosigkeit entscheiden, was jedoch auf keiner empirischen Grundlage basiert. In der Ökonomie unterscheidet man zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Arbeitslosigkeit. Für Zweitere gibt es unzählige Ursachen, etwa wenn Niedriglohnarbeit ins Ausland verlegt wird, die Firma in Konkurs geht oder man aus Altersgründen diskriminiert wird. Im öffentlichen Diskurs scheint es so, als gäbe es nur freiwillige Arbeitslosigkeit: Man ruhe sich in der „sozialen Hängematte“ aus. Ignoriert wird dabei, dass die Mindestsicherung ein Drittel



Laura Wiesböck ist Soziologin an der Universität Wien. Sie forscht zu Formen, Ursachen und Auswirkungen von sozialer Ungleichheit. Für ihre akademische Arbeit wurde sie mit dem Theodor-Körner-Preis und dem Bank-Austria-Forschungspreis ausgezeichnet. In ihrem Buch „In besserer Gesellschaft. Der selbstgerechte Blick auf die Anderen“ beschreibt sie, warum sich Bevölkerungsgruppen voneinander abgrenzen und spürt den Ursachen der menschlichen Sehnsucht nach Überlegenheit nach.

unter der **Armutsgefährdungsschwelle** in Österreich liegt und damit de facto Armut ist.

Was sagen Sie dazu, dass man an Sozialleistungen nur das herauskriegen soll, was man eingezahlt hat?

Dann bräuchten wir den Wohlfahrtsstaat nicht, sondern könnten gleich individuell Versicherungen abschließen. Das reichste Prozent in Österreich besitzt 45 Prozent des Nettovermögens. Hierzulande gibt es, verglichen mit anderen Industriestaaten, kaum vermögensbezogene Steuern. Stattdessen liegt der Fokus auf Kürzungen bei sozial Schwachen, die vermeintlich wenig zum wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft beitragen. Wenn sich Leistung wieder lohnen soll, sollten wir nicht bei der Existenzsicherung kürzen, sondern über Konzernbesteuerung und Vermögenssteuern nachdenken. Diese Form der Umverteilung wäre von der österreichischen Bevölkerung auch erwünscht, wie eine aktuelle Studie der OECD belegt.

„Wollen wir als Gesellschaft wirklich, dass unsere Lebenschancen bereits bei der Geburt maßgeblich beeinflusst sind?“

Laura Wiesböck

Machen Sie sich Sorgen um den Sozialstaat?

Ja, ich mache mir Sorgen um unsere Gesellschaft. Wir reden heute darüber, ob Spenden von sozialstaatlichen Leistungen abgezogen werden sollen oder nicht. Das ist bezeichnend. Wir wissen, dass Armut vererbbar ist. Wenn man als Familie in einer kleinen Wohnung mit kaum Privatsphäre lebt und Kinder wenig Zuwendung bekommen, weil die Eltern arbeitsmäßig ausgelastet sind, hat das nachweislich Effekte auf deren Entwicklung und Zukunftschancen.

Zudem ist das Bildungssystem auf frühe Entscheidungen ausgelegt: Mit zehn Jahren wissen viele noch nicht, was sie machen möchten, und entscheiden sich häufig für den Weg ihrer Eltern. Es ist schwierig, im aktuellen System aus dieser Spirale herauszukommen. Und es

stellt sich die Frage: Wollen wir als Gesellschaft wirklich, dass unsere Lebenschancen bereits bei der Geburt maßgeblich beeinflusst sind?

Sie orten in Ihrem Buch auch Veränderungen in der Arbeitswelt, etwa den Traum der Selbstverwirklichung.

Selbstverwirklichung im Job ist ein ziemlich neues Credo. Wenn man seine Großeltern fragt, greifen die sich an den Kopf, dass man das elitäre Bedürfnis hat, in seinem Job die Bestimmung zu finden, gut zu verdienen und rasch aufzusteigen. Das ist oft nicht zu verwirklichen. Massenmedial sieht man nur jene, die das geschafft haben, wie Steve Jobs oder **Sheryl Sandberg**, aber nicht die vielen, die gescheitert sind.

Hinzu kommt, dass sich viele Bereiche der Arbeitswelt verändern. Wir wissen nicht, wie die Zukunft von niedrig qualifizierten Menschen aussehen wird. Auf europäischer Ebene können wir aktuell eine Spaltung in diesem Bereich beobachten, etwa wenn wir an ArbeiterInnen

rigeren Wahlbeteiligung widerspiegelt. Ich fände es von politischer Seite wichtig, mehr über die Zukunft zu sprechen. Rechtskonservatismus hat den Vorteil, dass er konkrete Bilder und fixe Rollen bietet, die Halt und Sicherheit suggerieren. Diese sind allerdings vergangenheitsbezogen und zukünftig nicht aufrechtzuerhalten. Das Bedürfnis nach derartigen Zukunftsbildern gibt es. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn von progressiver Seite konkrete Visionen gestaltet würden, um damit dem von rechts dominierten Diskurs ein eigenes Narrativ entgegenzusetzen, statt ihm reaktiv zu begegnen.

Für Aufregung sorgte im Herbst 2018 die Einführung des 12-Stunden-Tages. Den beschreiben Sie als familienfeindlich. Warum?

Der 12-Stunden-Tag wurde als Flexibilisierungsmaßnahme angepriesen, das ist er aber vor allem für Unternehmen. Das Argument, dass ArbeitnehmerInnen sich die Zeit besser einteilen können, ignoriert, dass es eine Machtungleichheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gibt. Das betrifft vor allem den Niedriglohnbereich mit vielen potenziellen Ersatzarbeitskräften.

Es ist familienfeindlich, weil Kinderbetreuungseinrichtungen nicht darauf ausgelegt sind. Im Großteil der Fälle wird sich der andere Elternteil – meist die Mutter – um die Kinder kümmern. Das setzt voraus, dass der zweite Elternteil nicht Vollzeit arbeitet, und benachteiligt vor allem Alleinerziehende. Das verstärkt die prekäre Lage von Frauen, Stichwort Altersarmut. Zudem sind die längeren Freizeitblöcke durch erhöhten Erholungsbedarf nur eingeschränkt nutzbar.

Bekannt sind auch gesundheitliche Folgen von Konzentrationsschwierigkeiten über Depression bis zu Schlafproblemen. Unternehmen verzeichnen höhere Fluktuation und Krankenstände. Wenn man sich das anhand wissenschaftlicher Studien ansieht, ist diese Maßnahme nicht zielführend.

Es fehlt an Kinderbetreuungsplätzen. Drängt das Frauen in die Teilzeit?

Das kommt darauf an. Besonders am Land ist die Betreuung für unter Dreijährige nicht flächendeckend vorhanden. In Oberösterreich wurde die Nachmittagsbetreu-

aus Ungarn, Rumänien und Bulgarien oder geflüchtete Menschen denken, die als Konkurrenz im österreichischen Niedriglohnsegment dargestellt werden.

Eine Idee für die progressive Seite wäre es, dieser Rhetorik etwas entgegenzusetzen: zu diskutieren, wie wir die Arbeitswelt der Zukunft gestalten wollen, die berechtigten Ängste von ArbeiterInnen aufzugreifen und gemeinsam an einem Arbeitskonzept der Zukunft zu arbeiten.

Sie schreiben in Ihrem Buch, dass die Arbeiterklasse vor großen Herausforderungen steht. Welche sind das?

In dieser Gruppe gibt es viele berechnete Ängste. Diese Wählerschaft wurde lange politisch nicht berücksichtigt und fühlt sich nicht repräsentiert, was sich in deren PolitikerInnenverdrossenheit und nied-

ung kürzlich kostenpflichtig gemacht. Neben diesen strukturellen Faktoren sind auch Rollenbilder von Bedeutung. Österreich ist Spitzenreiter bei der kollektiven Ablehnung von Erwerbstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern. Rund 60 Prozent sind der Meinung, dass ein Vorschulkind leidet, wenn die Mutter arbeitet. In Frankreich stimmen dieser Aussage im Vergleich nur 30 Prozent zu. Das bedeutet: Das Betreuungsangebot ist ausbaufähig, es ist aber auch offen, wie stark zusätzliche Angebote angenommen würden.

Die Regierung spricht vom Wert der Gleichberechtigung, streicht aber Frauenprojekten das Geld. Wie passt das zusammen?

Aus soziologischer Perspektive definieren sich Werte über Handlungen. Bei der Regierung kann man sehen, dass in vielen Bereichen das, was kommuniziert wird, sich nicht in der politischen Programmatik widerspiegelt. Dazu zählt der Grundsatz, dass sich Arbeit lohnen muss. Wir haben 300.000 Menschen in Österreich, die Vollzeit arbeiten und trotzdem unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Aber über diese Working Poor wird nicht gesprochen. Die Tatsache, dass Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, finde ich politisch hoch brisant. In den USA gibt es das Phänomen schon länger, in Österreich ist das relativ neu und wird bis jetzt politisch nicht angegangen.

Lassen sich Vorurteile, die hinter Abgrenzungen stecken, überwinden?

Wir alle sind geprägt von unserer Umwelt und können uns aus dieser nicht komplett herausnehmen. Wichtig ist aber, dass man nicht unhinterfragt Wordings und Bilder übernimmt und dass man verinnerlicht: Etwas zu verstehen heißt nicht automatisch, damit übereinzustimmen. Um eine Person zu verstehen, muss man auf das Gesagte eingehen und Interesse und Zeit aufbringen, sich zu fragen, was dahintersteckt.

Es ist eine Illusion zu glauben, dass Meinungen, Haltungen und Werte auf Fakten beruhen. Sie sind ein Produkt der jeweiligen Lebenssituation. Insgesamt wäre es erstrebenswert, stärker zu versuchen, aus seinen Kreisen hinauszugehen. Ich finde es wichtig, dass man in Bubbles ist und sich auch in Räumen bewegt, in denen Konsens herrscht.



„Aktuell wird von rechtspopulistischer Seite Kritik als persönlicher Angriff diffamiert, und kritische JournalistInnen oder WissenschaftlerInnen werden öffentlich angegriffen.“

Aber Austausch und die Konfrontation mit „dem Anderen“ wären wichtig, damit der Bezug zur gesellschaftlichen Realität nicht verloren geht.

Wie kann diese Konfrontation mit „dem Anderen“ gut gelingen?

Ich möchte ein positives Plädoyer für Kritik halten. Aktuell wird von rechtspopulistischer Seite Kritik als persönlicher Angriff diffamiert, und kritische JournalistInnen oder WissenschaftlerInnen werden öffentlich angegriffen. Das ist eine extrem gefährliche Tendenz, weil Kritik in Demokratien essenziell ist, um sie lebendig

zu erhalten. Sonst leben wir in einem autoritären System, wenn nur eine Meinung geduldet wird. Deshalb ist konstruktive Konfrontation wichtig, also eine, in der auf das Gesagte eingegangen wird, Kritik geschätzt wird und es keine Ambitionen gibt, sich gegenseitig mundtot zu machen oder zu zerstören.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
info@udoseelhofer.at
sandra.knopp@gmx.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Geschlechter aller Länder ...

Spaltung braucht Unterschiede. So ist die „Verschiedenheit von Mann und Frau“ Grundlage für eine Regierungspolitik, die wenig von freier Entfaltung hält.

Sybille Pirklbauer

Frauen und Familie AK Wien

Was ist eine Frau in einem Fass Salzsäure? Ein gelöstes Problem. Volkstümlicher Humor à la „Villacher Fasching“ weiß es schon lange: Männer und Frauen stehen sich diametral, wenn nicht sogar feindselig gegenüber. Witze wie dieser sind symptomatisch für diese Grundhaltung.

Diese Konfrontation passiert aber nicht auf neutralem Boden, sondern in einer Gesellschaft, die Männer systematisch die besseren und wichtigeren Positionen zuweist – und Frauen abwertet. Kurz: im Patriarchat. Schließlich könnte der Witz auch genauso gut mit einem Mann im Fass erzählt werden. Das wird er aber nicht.

Das Wesen rechter Politik ist es zu spalten: „wir“ und die „anderen“. „Wir“ steht dabei für gut, ehrlich, fleißig, anständig, während die „anderen“ eine dubiose Truppe darstellen, die je nach Zusammenhang irgendwo zwischen faul, minderbemittelt und schwer kriminell anzusiedeln ist. Unabhängig davon, wer diese anderen sind, ist fix: Man kann auf sie herabblicken und sich überlegen fühlen. Das funktioniert auch mit Männern und Frauen.

Feind im Bett

Es gibt aber einen großen Unterschied zu anderen beliebten Sündenböcken wie AsylwerberInnen, MuslimInnen oder Arbeitslosen. Dort funktioniert die Abspaltung oft trotz oder gerade wegen des fehlenden Kontakts. Wer den „anderen“

nie begegnet, kann seiner Fantasie freien Lauf lassen.

Zwischen Frauen und Männern funktioniert das anders. Sie leben häufig unter einem Dach zusammen. Wer hier Zwietracht säen möchte, muss es subtiler angehen. Schließlich ist der andere ganz nah und mutiert im Falle eines offenen Konflikts zum „Feind im eigenen Bett“.

Der Keim des erfolgreichen Spaltungsprojekts ist aber auch hier das „Anderere“. Positiver formuliert: der Unterschied. So steht es im Regierungsprogramm: „Die Verschiedenheit von Mann und Frau zu kennen und anzuerkennen, ist ein Bestandteil menschlichen Lebens.“ Dies wird dann auch bei den Frauen sogleich mit Erziehung, Pflege und Bildung verknüpft. Kinder und Fürsorge sind schließlich weibliche Domänen.

Und so folgt der Verschiedenheit sogleich eine Arbeits(zu)teilung. Man könnte auch von einer Arbeitsspaltung sprechen, schließlich wird davon ausgegangen, dass Männer für diese „Frauenarbeiten“ nicht zuständig sind. Die haben dafür männliche Dinge zu tun, die gerne mit Handwerk, Technik oder Kraft zu tun haben.

Eine der Folgen solcher Zuschreibungen zeigt sich später in der Berufswahl junger Menschen. Von über 130 Lehrberufen, in denen derzeit ausgebildet wird, ist nur in 30 die Verteilung zwischen den Geschlechtern halbwegs ausgewogen. Die restlichen 100 sind stark segregiert. Was das heißt? Der Duden weiß es: getrennt, abgesondert, abgespalten. Nämlich die Mädchen von den Burschen und umgekehrt.

Es liegt also nahe, dass nicht Neigungen, Fähigkeiten und Talente den Ausschlag für die Berufswahl geben, sondern vor allem Rollenklischees. Das hilft niemandem. Weder den jungen Menschen, die nicht den Beruf erlernen, in dem sie gut sind und den sie gerne machen; und ganz sicher nicht den Unternehmen, die oft nicht die motiviertesten und besten Lehrlinge bekommen, sondern solche, für die die Lehrstelle nur zweite Wahl ist.

Arbeitsteilzeit

Diese einzementierte Arbeitsteilung führt zu einer extremen Schieflage bei der bezahlten Arbeitszeit. Da Frauen für Haushalt und Kinder zuständig sind, verwundert es nicht, dass sich neben diesen Aufgaben keine Vollzeit-Erwerbstätigkeit ausgeht. Folgerichtig haben drei Viertel der Mütter mit Kindern unter 15 Jahren nur einen Teilzeitjob mit einem dementsprechenden Gehalt. Das ist oft nicht freiwillig. Nur vier von zehn Kindern haben einen Kindergartenplatz, der den Eltern Vollzeitarbeit ermöglicht, bei den Kleinkindern sind es noch weniger. Die Situation zwingt Eltern dazu, die Arbeit aufzuteilen. In der Regel heißt das: Frauen legen den Fokus auf die Familie, Männer auf den Arbeitsplatz, wo ihnen nunmehr bis zu 60 Stunden in der Woche zugemutet werden. Wirksame Politik, wenn es darum geht, in traditionelle Geschlechterrollen aufzuspalten ...

Die Politik des Sozialministeriums zeigt, dass das durchaus gewollt ist. So wurde neuerdings die Förderung von Teilzeit in den arbeitsmarktpolitischen

Zielen verankert. Zudem wurde die Vorgabe gestrichen, dass 50 Prozent der Mittel für Qualifizierung und Unterstützung von arbeitsuchenden Frauen zur Verfügung stehen müssen. Gleichzeitig wird zwar viel vom „Papamonat“ geredet, im Gegensatz zur 60-Stunden-Woche lässt hier die Umsetzung aber auf sich warten. Kurz: Alles, was Frauen und Männer in eine klassische Arbeitsteilung drängt, wird sofort umgesetzt. Bei Maßnahmen, die die partnerschaftliche Teilung unterstützen würden, bleibt es bei hohlen Phrasen.

Haupt-Trennstoff

Aber es wird nicht nur zwischen Frauen und Männern gespalten. Auch zwischen unterschiedliche Frauengruppen wird fröhlich ein Keil hineingetrieben. Besonders gut geht das entlang einer Bruchlinie, die von der Regierung grundsätzlich gerne bemüht wird: jener zwischen „uns“ und den „AusländerInnen“.

Geht es in Diskussionen um Migranten mit kleinem i, ist das Kopftuch nicht weit. Auch wenn ein Großteil der Zuwanderinnen weder Kopftuch trägt noch muslimisch ist: An diesem Stück Stoff entzündeten sich seit Jahren heftige Diskussionen. Feministinnen streiten mit Machos oder auch untereinander, Konservative mit Progressiven, Frauen mit Männern oder mit anderen Frauen. Fest steht, dass das Thema aufregt. Gut sichtbar und scheinbar banal, hat jeder und jede eine Meinung dazu.

Von der Regierung wird das laufend befeuert. Zuerst ging es um ein Kopftuchverbot im Kindergarten, dann in den Schulen. Jetzt ist im neuen Grundsatzerlass des Bildungsministeriums zur Geschlechterpädagogik dem Kopftuch gleich ein eigener Abschnitt gewidmet.

Man könnte zu Recht die Frage stellen, wie viele Probleme die An- oder Abwesenheit einer Kopfbedeckung tatsächlich verursacht – aber um Sachlichkeit geht es ja eben nicht. Es geht darum, das Kopftuch zum Symbol des Anderen hochzustilisieren. Gewissermaßen zu einem am Haupt getragenen Trennstoff. Mit Erfolg: In den Medien liegt das Kopftuch bei den Frauenthemen mit großem Vorsprung auf Platz eins. Obwohl deutlich relevanter für das Leben



der Frauen, erhalten Bereiche wie Lohn-gerechtigkeit oder Arbeitsmarkt wesentlich weniger Aufmerksamkeit, wie die Jahresstudie 2017 zu „frauen politik medien“ der Agentur media affairs zeigt. So wird Spaltungspolitik auf den Köpfen der Frauen und über ihre Köpfe hinweg betrieben.

Schlechteres Leben

Das Kopftuch ist auch nützlich, um den Mythos zu pflegen, dass Frauendiskriminierung eine Importware aus dem „rückständigen Ausland“ sei. Hierzulande nämlich sei alles in Butter. Dabei sitzt eine Partei in der Bundesregierung, die gerne vom „Gender-Wahn“ spricht, und manche FunktionärInnen finden, dass Frauenhäuser Ehen zerstören. Auch beim Gender Pay Gap ist Österreich im Europa-Vergleich noch immer hundsmiserabel schlecht.

Stattdessen wird Öl ins Spaltungsfeuer gegossen. Das ist tragisch, denn so wird das Leben für die meisten Menschen schlechter. Für Frauen, die aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden und die die Folgen mit schlechten Einkommen und niedrigen Alterspensionen tra-

gen müssen. Für Männer, die nur als Arbeitsmaschine funktionieren sollen und nicht Partner, Väter oder einfach Menschen sein dürfen. Und am schwierigsten wird es für jene Menschen, die sich hier ein Leben aufgebaut haben und ständig als brutale Patriarchen (Männer) oder hilflose Unterdrückte (Frauen) dargestellt werden.

Es würde das Leben für uns alle leichter machen, wenn wir es nicht gegen-, sondern miteinander führen würden – oder einfach nach dem Prinzip „Leben und leben lassen“. Wir sollten uns nicht für eine Politik einspannen lassen, die an die niedrigsten Instinkte appelliert, sondern uns einfach gegenseitig gut behandeln. Und uns vielleicht sogar miteinander dafür einsetzen, dass ein gutes Leben mit fairen Chancen für alle Menschen möglich ist. In diesem Sinne: Geschlechter aller Länder, vereinigt euch!

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
sybille.pirklbauer@akwien.at
 oder an die Redaktion
aw@oegb.at

... und nichts *als die*

Vermögensverteilungs- index

Deutschland 0,76
Österreich 0,73
Zypern 0,72
Niederlande 0,7
Eurozone 0,69
Portugal 0,68
Frankreich 0,68
Luxemburg 0,65
Finnland 0,65
Slowenien 0,63
Griechenland 0,6
Spanien 0,6
Italien 0,6
Malta 0,59
Belgien 0,59
Slowakei 0,49

1 = max. Ungleichheit

0 = max. Gleichheit

Quelle: HFCS 2014

Wer hat welches Vermögen?



Die reichsten Haushalte

Unternehmensbeteiligungen, Wertpapiere, Zins



Die obere Mittelschicht

Eigenheim



Die ärmere Hälfte

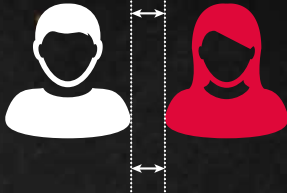
Auto und Sparbuch



Wahrheit!

Vermögensunterschied
zwischen Männern und Frauen
in Euro

165.000 127.000



Geschlechtsspezifische
Vermögenslücke 38.000 EUR

Quelle: Schneebaum et al., 2017

F | Was ist eigentlich
Vermögenseinkommen?

A | Erträge von
bestehendem Vermögen

Zinsen

auf Gehalts- und Sparkonten,
Dividenden auf Wertpapiere,
Einkünfte aus Vermietung und
Verpachtung von Immobilien
und Grundstücken,
Gewinnentnahmen aus Unternehmen
Wertsteigerungen
des Besitzes

Vermögen tragen
nur marginal zum
Steuerkuchen bei



1,3%

der Steuern
kommen aus
Vermögenseinkommen

Wer erbt wie viel?

€ 120.000

Untere 90%

€ 828.000

Top 2-10%

€ 3.373.000

Top 1%

Quelle: HFCS 2014



Drecksarbeit

Zehntausende Menschen müssen in Österreich unter unwürdigen Bedingungen arbeiten. Die Profite wandern in die Taschen der Unternehmen.

Michael Bonvalot
Freier Journalist und Autor

Eigentlich würde sich Yulia (Name von der Redaktion geändert) gern voll auf ihr IT-Studium konzentrieren. „Aber ohne Job geht es sich finanziell einfach nicht aus“, wie sie erzählt. Also geht Yulia vormittags auf die Uni und arbeitet abends und am Wochenende in einem Wiener Café. Angemeldet arbeiten darf die 23-jährige Ukrainerin mit ihrem Studierenden-Visum nur 20 Stunden – viel zu wenig, um die Ausgaben für Miete und die Lebenshaltungskosten zu decken.

Also macht Yulia, was sehr viele Menschen tun: Sie arbeitet schwarz und kommt so auf einen 40-Stunden-Job. Die Folgen sind der Informatik-Studentin voll bewusst: „Ich bekomme nur das halbe Urlaubs- und Weihnachtsgeld, nur das halbe Krankengeld, und wenn ich den Job verliere, viel weniger Arbeitslo-

sengeld.“ Auch bei Pension und Abfertigung wird für Yulia weniger rausspringen. „Doch was soll ich tun? Angemeldet darf ich einfach nicht mehr als 20 Stunden arbeiten.“

Unternehmen profitieren

Yulia glaubt, dass sie laut Kollektivvertrag auch besser bezahlt werden müsste. Doch dagegen rechtlich vorzugehen fällt ihr in ihrer Situation schwer. Wer davon profitiert, ist klar: der Besitzer des großen Cafés in der Wiener Innenstadt, in dem Yulia arbeitet. Denn er spart sich hohe Summen beim Lohn und bei den Lohnnebenkosten.

Solche Probleme kennt Heidrun Aigner, Geschäftsführerin der Beratungsstelle UNDOK, aus der täglichen Praxis sehr gut. „Menschen, die nach langer Arbeit viel zu wenig oder sogar gar keinen Lohn bekommen – das erleben wir immer wieder. Oft sind es Menschen mit unsiche-

rem Aufenthaltsstatus oder ohne gültige Aufenthaltstitel. Und es ist offensichtlich, dass diese Menschen von den Unternehmen gezielt betrogen werden.“

Unterstützung für Undokumentierte

UNDOK, das ist die „Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender“. Hier werden Menschen ohne oder mit unsicherem Aufenthaltsstatus oder mit eingeschränktem Zugang zum Arbeitsmarkt beraten und unterstützt. Auch für EU-BürgerInnen gibt es eine Erstberatung. Diese Betroffenen werden dann an die Arbeiterkammer und den Österreichischen Gewerkschaftsbund weiterverwiesen. Dort gibt es auch muttersprachliche Beratung in verschiedenen Sprachen.

Die AK und die Gewerkschaften Bau-Holz, GPA-djp, vida und PRO-GE haben laut Geschäftsführerin Aigner eine tragen-

de Rolle für die Arbeit von UNDOK. Ebenfalls beteiligt sind die ÖH-Bundesvertretung, NGOs, MigrantInnenorganisationen sowie antirassistische und basisgewerkschaftliche AktivistInnen.

Überausbeutung

Doch warum arbeiten Menschen schwarz? „Wenn Menschen der volle Zugang zum Arbeitsmarkt verweigert wird und es in vielen Fällen auch keine sonstige Existenzsicherung gibt, dann arbeiten Menschen ohne Papiere“, erklärt Aigner.

Für die Betroffenen ist das enorm problematisch. Aigner nennt eine lange Liste von Schwierigkeiten: „Die Menschen sind überausbeutbar, sie werden betrogen, die Arbeit ist oft anstrengend und gefährlich, es gibt keine Schutzstandards, die Kollektivverträge werden nicht angewendet, die Arbeitszeiten ufern aus, es gibt keine Sonderzahlungen und Versicherungsleistungen und immer wieder sogar sexualisierte oder andere Übergriffe.“

Undokumentierte Arbeit bedeutet für die Betroffenen auch extremen Stress. „Die Menschen sind enorm ausgeliefert, haben Angst vor Kontrollen und davor, dass sie angezeigt werden“, erzählt die UNDOK-Koordinatorin. „Eigentlich gilt das Arbeitsrecht unabhängig vom Aufenthaltsstatus für alle Arbeitenden“, so Aigner. „Doch manchmal ist es aufgrund des Aufenthaltsstatus schwierig, vor Gericht zu gehen.“ Das wüssten auch die Unternehmen, die die Betroffenen ausbeuten: „Migrationsgesetze erschweren es den Betroffenen, zu ihrem Recht zu kommen. Und wir müssen natürlich in der Beratung den Aufenthaltsstatus mitbeachten, damit die Betroffenen keine zusätzlichen Probleme bekommen.“

Ohne Versicherung

Bekannt problematisch sind die Verhältnisse etwa am Bau oder in der 24-Stunden-Pflege. Dort arbeiten viele Menschen aus anderen Ländern, etwa im Rahmen der **EU-Entsenderichtlinie**. „In diesen Bereichen kämpfen wir auch mit dem Problem der Scheinselbstständigkeit“, sagt Aigner. Davon kann auch Mario Bartl von der Gewerkschaft Bau-Holz

(GBH) ein Lied singen. Bartl erzählt vom Fall eines Kollegen, der über Jahre scheinbar selbstständig und deshalb nicht versichert war. „Nach einem Arbeitsunfall am Bau musste er mehrere Monate ins Krankenhaus und auf Rehabilitation.“

Das Strafverfahren gegen den Arbeitgeber wurde allerdings eingestellt, erzählt Bartl. Dieser habe nämlich nach dem Unfall das Gerüst, von dem der Arbeiter gefallen war, nachträglich gesichert. „Jetzt liegt die Beweislast bei unserem Klienten. Und die hohen Rechnungen für Krankenhaus und Rehabilitation sind für ihn existenzbedrohend.“ Laut Bartl kein Einzelfall. „Viele Menschen erfahren erst, dass sie nicht versichert sind, wenn sie krank werden oder es Arbeitsunfälle gibt. Dann bleiben sie oft auf horrenden Kosten sitzen.“

Mit Absicht in den Konkurs

Ein spezielles Problem am Bau sind die gezielten Konkurse von Subunternehmen. Bartl spricht von einem undurchsichtigen Netz mit Ketten von Subfirmen. „Die Personen, die zu uns kommen, wissen oft nicht einmal, bei welcher Firma sie letztlich beschäftigt sind.“ Wenn eine Subfirma in Konkurs geht, fallen die Beschäftigten oft um ihre Ansprüche um, und die Krankenkassen werden um die Abgaben geprellt. Die Auftraggeber im Hintergrund putzen sich an den Subfirmen ab und tragen keine Kosten.

In der Pflege gibt es auch noch einen anderen Aspekt: Viele Menschen brauchen Pflege für sich oder ihre Angehörigen, können es sich aber nicht leisten, eine Pflegerin oder einen Pfleger in einem regulären Beschäftigungsverhältnis anzustellen, weshalb sie auf Schwarzarbeit ausweichen. Hier wären mehr staatliche Mittel erforderlich. So könnte für alle Betroffenen ausreichende Pflege sichergestellt werden, während gleichzeitig gerechte Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gesichert wären.

Sogar die Gummiringe

Enorme Probleme gibt es auch in der Landwirtschaft. „Oft sehen wir Menschen, die in Mehrbettzimmern in desolaten Abbruchhäusern hausen müssen.“ Gernot Trausmuth von der Kampagne „Sezonieri“

für die Rechte der ErntehelferInnen in Österreich hat schon viel erlebt. Eigentlich dürften für die Unterkunft monatlich nur rund 30 Euro abgezogen werden, erklärt er. „Doch erst im vergangenen Jahr hatten wir den Fall eines ukrainischen Erntehelfers: Die Kollegen mussten sich zu viert ein Zimmer teilen, und jeder musste rund 200 Euro dafür bezahlen.“

Immer wieder würden den ErntehelferInnen sogar die Kosten für Arbeitsmittel vom Lohn abgezogen. „Das geht bis zu den Gummiringen bei der Ernte von Radieschen und Jungzwiebeln“, so Trausmuth. Die AktivistInnen von Sezonieri wollen dagegen vorgehen. Sie besuchen die KollegInnen auf den Feldern, um sie aufzuklären.

Ausgangspunkt war Tirol: „KollegInnen aus Rumänien haben dort 2013 einen wilden Streik in der Gemüseproduktion durchgeführt“, erzählt Trausmuth. Ins Leben gerufen wurde die Kampagne dann 2014, getragen wird sie von linken AktivistInnen und der Produktionsgewerkschaft PRO-GE. Heuer gibt es Feldaktionen bereits in sechs Bundesländern. Das Ziel der Sezonieri? „Die Selbstorganisation der Betroffenen!“

Dumping-Löhne

Lohndruck durch erzwungene Schwarzarbeit bedeutet allerdings nicht nur für die unmittelbar Betroffenen Schwierigkeiten und finanzielle Einbußen. Wenn eine große Gruppe von Menschen – aufgrund von Zwang, restriktivem Arbeitsmarkt oder unsicheren Aufenthaltstiteln – fast jede Arbeit zu fast jedem Preis annehmen muss, verändert das den Arbeitsmarkt insgesamt.

Druck auf andere Beschäftigte entsteht, ebenfalls schlechtere Bedingungen zu akzeptieren. Es entsteht eine Spirale nach unten – mit der Gefahr, dass sich Löhne und Arbeitsbedingungen für große Teile der arbeitenden Bevölkerung verschlechtern. Für Heidrun Aigner von UNDOK ist die Antwort klar: „Arbeitsrechte müssen für alle Menschen gelten.“

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
michael@bonvalot.net
 oder an die Redaktion
aw@oegb.at

Die Armutsfalle

Bei der Mindestsicherung kürzen ist wissenschaftlich falsch. Denn Armut führt zu Stress, der wiederum Armut verfestigt.

Konstantin Wacker

Ökonom an der Universität Groningen

Die Regierung plant, großflächig soziale Absicherungsmaßnahmen zurückzubauen. Um dies zu begründen, bemühen ihre VertreterInnen oftmals den fragwürdigen Begriff der „sozialen Hängematte“: Wer Sozialleistungen bezieht, habe nicht genügend Anreize, arbeiten zu gehen. Damit schiebt sie die Verantwortung den Betroffenen zu, statt sinnvolle Lösungen anzubieten, damit diese Menschen aus ihrer schwierigen Lage herauskommen können. Denn die Gründe dafür, dass die Anzahl der armutsgefährdeten Haushalte, die nicht oder kaum erwerbstätig sind, in den letzten Jahren nicht zurückgegangen ist, sind vielfältig.

Ungeeignete Maßnahmen

Entsprechend der Regierungslogik soll das soziale Netz nun durchlöchert werden: Langzeitarbeitslose sollen durch Kürzung des Arbeitslosengeldes bzw. Abschaffung der Notstandshilfe weniger Geld erhalten oder direkt in die (gekürzte) Mindestsicherung fallen. Für dieses letzte soziale Netz sollen sehr strenge Anspruchsvoraussetzungen gelten, und man darf nur über ein sehr geringes eigenes Vermögen (bis etwa 4.300 Euro) verfügen. Wissenschaftliche Erkenntnisse geben Auskunft, warum diese Maßnahmen ungeeignet sind, die Erwerbstätigkeit von Armutsbetroffenen zu erhöhen, und welche Reformen stattdessen erfolgversprechend wären.

Von Armut betroffene oder gefährdete Haushalte sind in den allermeisten Fällen vielfach eingeschränkt: Sie müssen sich überlegen, wie sie den nächsten Einkauf bewältigen oder die Miete bezahlen. Um mit derartigen Situationen finanzieller Not und Unsicherheit umgehen zu können, braucht es intellektuelle Energie. Labor- und Feldstudien im angesehenen Wissenschaftsmagazin „Science“ bestätigen, dass sich finanzielle Notsituationen und Unsicherheit in standardisierten Wahrnehmungstests negativ auswirken.

Wer einer realistischen finanziellen Not- oder Unsicherheitssituation ausgesetzt wird, schneidet bei diesen Tests etwa genauso schlecht ab wie jemand bei einer vollen Nacht Schlafentzug. Australische ForscherInnen haben außerdem herausgefunden, dass finanzielle Notlagen tatsächlich jene Hirnregionen belasten, die auch durch Stress beansprucht werden.

In anderen Worten: Arm oder armutsgefährdet zu sein, verschafft im wahrsten Sinne des Wortes schlaflose Nächte – und kann so viel geistige Energie in Anspruch nehmen, dass letztlich weniger Gehirnschmalz für wichtige Entscheidungen bereitsteht, die dann falsch getroffen werden. Dadurch verfestigt sich Armut, und man spricht von einer Armutsfalle.

An der Lebensrealität vorbei

Die althergebrachte Ansicht, Kürzungen bei Sozialleistungen würden dazu führen, dass armutsgefährdete Personen sich ausschließlich damit beschäftigen, wie sie

einen Job bekommen, geht also an der Lebensrealität von Menschen vorbei, die täglich darüber nachdenken müssen, wie sie ihre Nahrungsversorgung sicherstellen und ihre Miete bezahlen. Insbesondere der fehlende Anspruch in der Mindestsicherung für Menschen, die über ein mehr als bescheidenes Vermögen verfügen, dürfte sich hier negativ auswirken. Betroffene müssen möglicherweise ihre mühsam aufgebauten Vermögenswerte aufgeben, die auch einen erheblichen ideellen Wert haben können. Wer etwa die Wohnung verkaufen muss, in der die Kinder aufgewachsen sind, wird nicht nur finanziell, sondern auch anderweitig mental unter Stress gesetzt.

Zeitgemäßes Verständnis

Ein zeitgemäßes Verständnis der Vielschichtigkeit von Armut erfordert also einen Sozialstaat, der von Armut Betroffenen oder Gefährdeten gerade deshalb finanziell unter die Arme greift, damit sie ihre Energie für die Arbeitsuche aufwenden können – und eben nicht Gedanken darauf verwenden müssen, wie die nächste Monatsmiete oder die Reparaturkosten für die Therme aufgebracht werden können.

Besonders fatal wirkt, dass sich der psychische Stress von armutsbetroffenen Haushalten auch auf deren Kinder überträgt. Ist eine Frau schwanger, so kann dies problematische Folgen haben: Die durch Armut verursachte psychische Dauerbelastung setzt im Gehirn **Cortisol** frei, welches die Frau über die Plazenta an den Fötus weitergibt. Dies beeinflusst langfristig die Hirnregionen der Unge-

borenen und beeinträchtigt deren spätere Lernfähigkeit. Manche US-Forscher vergleichen die Auswirkungen dieses Effekts mit Alkohol- und Drogenmissbrauch während der Schwangerschaft. Und hierbei sind negative Auswirkungen einer von Mangel geprägten Lernumgebung im Kindesalter noch nicht einmal mitgerechnet. Da Bildung einer der wichtigsten Faktoren ist, um Arbeitslosigkeit zu verhindern, ergibt sich so eine generationenübergreifende Verfestigung von Armut und schlechten Arbeitsmarktchancen.

Die geplanten Sozialkürzungen verstärken dadurch auch eine generationenübergreifende Armutsfalle, die bereits jetzt in Österreich stark ausgeprägt ist. Ganze fünf Generationen dauert es laut einer OECD-Studie hierzulande, bis Nachkommen armer Eltern in die Mittelschicht aufgestiegen sind.

Mehr Betreuung notwendig

Demgegenüber können nicht finanzielle Hilfestellungen – wie eine bessere Betreuung durch das Arbeitsmarktservice (AMS) – stressentlastend wirken und so der Verfestigung von Armut entgegenwirken. Gerade weil armutsgefährdete oder -betroffene Haushalte mehr Energie für alltägliche Aus- und Aufgaben benötigen, brauchen sie zusätzliche Unterstützung bei der Arbeitssuche. Dadurch kann Arbeitslosigkeit effektiv verringert werden, wie unter anderem angesehene Studien für die USA nahelegen.

Auch die Hartz-Reformen in Deutschland sein ein aufschlussreiches Beispiel, wodurch man Arbeitslosigkeit von armutsgefährdeten Personen reduzieren kann und wodurch nicht. Verschiedene wirtschaftswissenschaftliche Studien zeigen, dass die Hartz-IV-Reform, die ebenfalls auf die Kürzung von Sozialleistungen setzte, zu keinem nennenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit führte.

Bei niedriger Qualifizierten ist der Anzeizeffekt wegen des ohnehin niedrigeren Lohneinkommens geringer als bei Höherverdienenden. Hier hat Arbeitslosigkeit allerdings meist ganz andere, nämlich strukturelle Gründe. In



diesem Fall führt Sozialabbau ausschließlich zu einem niedrigeren Einkommen bei den Betroffenen – aber zu keiner Reduktion der Arbeitslosigkeit.

Positive Beschäftigungswirkungen von armutsgefährdeten Personen können den erwähnten Studien zufolge dann erreicht werden, wenn Betroffene bei der Vermittlung und Qualifizierung unterstützt werden. Mit einem gekürzten Budget des Arbeitsmarktservice und weniger Personalressourcen wird sich das allerdings kaum bewerkstelligen lassen.

Wichtige Unterstützung durch AMS

Zusammengefasst lassen sich auf Grundlage verschiedener Forschungsergebnisse mehrere Gründe ausmachen, weshalb gekürzte Sozialleistungen die Arbeitsmarktintegration von armen oder armutsgefährdeten Personen nicht erhöhen und sich sogar auf deren Kinder negativ auswirken. Erstens zeigen die Erfahrungen aus Deutschland, dass bessere Arbeitsmarktbetreuung ein wesentlich effektiveres Mittel ist, um Arbeitslosigkeit unter potenziellen MindestlohnbezieherInnen zu reduzieren.

Zweitens führen gekürzte Sozialleistungen zu erhöhtem psychologischem Stress, weshalb man weniger Energie für die Arbeitssuche hat. Gerade dieser Aspekt verdeutlicht auch, weshalb gute AMS-Unterstützung positive Arbeitsmarkteffekte haben kann. Drittens ist die Arbeitslosigkeit von Armutsbetroffenen oft struktureller Natur, also von Faktoren jenseits der/des einzelnen Arbeitssuchenden geprägt.

Dass sich derartige Arbeitsmarktschocks nicht für Einzelpersonen verfestigen, sollte nicht nur aus Gründen sozialer Mobilität Ziel der Politik sein. Auch volkswirtschaftlich ist es eine Verschwendung von Ressourcen, Menschen mit Existenzängsten zu drangsalieren, anstatt ihnen die Arbeitssuche so einfach wie möglich zu machen.

Blogtipp:

„Sozialhilfe neu: Mehr Härte und Druck“:
awblog.at/sozialhilfe-neu

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
k.m.wacker@rug.nl
oder an die Redaktion
aw@oegb.at

A woman with short blonde hair, wearing a brown poncho, stands in a lush green field under a clear blue sky. She is smiling and has her hands clasped in front of her. The background shows a line of trees and a small building in the distance.

Die Risse *in der Gesellschaft* kit

Reportage: Sonja Fercher, Alexia Weiss
Fotos: Michael Mazohl

Daniela Brodesser und Sarah Zeller mussten selbst erleben, was Leben in Armut bedeutet. Beide engagieren sich heute für Armutsgefährdete. Die eine bemüht sich um ein besseres Bewusstsein für die Lebensrealität dieser Menschen und geht gegen Vorurteile an. Die andere hat eine Beratungsstelle für Alleinerziehende auf die Beine gestellt, die sich auch dafür einsetzt, dass deren Bedürfnisse im Wohnbau besser berücksichtigt werden.



Graue Maus: So nannte sie sich selbst auf Twitter. Heute scheint ihr das selbst ein bisschen seltsam vorzukommen. Aber es ist noch nicht so lange her, dass sie sich genauso fühlte, deshalb findet sie es bis heute stimmig, dass sie sich so nannte. Wenn man Daniela Brodesser heute kennenlernt, muss man über diese Selbstbeschreibung erstaunt sein, so fröhlich und kraftvoll wirkt diese Frau. Inzwischen hat sie auch ihren Twitter-Namen geändert, Frau Sonnenschein nennt sie sich nun und ist in dem

sozialen Netzwerk unheimlich umtriebig. Ihr wichtigstes Thema: Armut.

Unermüdlich prangert sie Vorurteile gegenüber Menschen an, die in Armut leben oder wenig verdienen. Unermüdlich kritisiert sie Kürzungen im Sozialbereich. Und beharrlich schildert sie die Perspektive von Menschen, die finanziell in eine schwierige Lage geraten sind. Zusätzlich zu ihrem Engagement auf Twitter hat sie mit www.un-sichtbar.co.at eine Plattform geschaffen, auf der

dInnen oder Verwandte zu sich zum Essen einzuladen, gelegentlich ins Café, Kino oder zum Sport zu gehen.“

Daniela Brodesser ist es wichtig, mit falschen Bildern aufzuräumen, die viele Menschen über arbeitslose und/oder armutsbetroffene Menschen im Kopf haben. Und es ist ihr wichtig, aufzuzeigen, wie hart Betroffene meist kämpfen, um aus dieser Lage herauszukommen – und wie schwer dies bisweilen ist, auch wenn sie sich noch so anstrengen.

„Wir haben teilweise wirklich von weniger als 1.000 Euro im Monat gelebt“, erzählt sie. Wir, das sind sie, ihr Mann Klaus und vier Kinder im Alter von zehn bis 21 Jahren.

Daniela Brodesser, Initiatorin Projekt (Un-)Sichtbar

Armutsbetroffene selbst zu Wort kommen. Denn aus eigener Erfahrung weiß sie, was Armut bedeutet, drei Jahre lang dauerte es, bis für die „graue Maus“ wieder öfter die Sonne schien. „Wir haben teilweise wirklich von weniger als 1.000 Euro im Monat gelebt“, erzählt sie. Wir, das sind sie, ihr Mann Klaus und vier Kinder im Alter von zehn bis 21 Jahren. Die älteste Tochter ist inzwischen ausgezogen, noch zu Hause wohnen die beiden anderen Töchter und der Sohn.

Reale Einschränkungen

Armuts- oder ausgrenzungsgefährdet: Auf rund 1,5 Millionen Menschen in Österreich trifft diese abstrakt wirkende Beschreibung zu. Das sind 17 Prozent der Bevölkerung. Zwar sinkt diese Zahl laut Statistik Austria, doch für die Betroffenen bleibt es eine enorme Herausforderung. Was dies konkret bedeuten kann, beschreibt die Armutskonferenz auf ihrer Homepage: „Das bedeutet zum Beispiel, abgetragene Kleidung nicht ersetzen, sich nicht gesund ernähren, die Wohnung nicht warm halten und keine unerwarteten Ausgaben tätigen zu können. Wer in Armut lebt, erfährt oft auch Ausgrenzung, Einsamkeit und Isolation. Sie oder er kann es sich nicht mehr leisten, Freun-

Wie aber ist es bei den Brodessers so weit gekommen, dass sie in die Armut gerutscht sind? An sich lief es gut für sie. Der Mann hatte verschiedene Jobs gemacht, bis nach Stuttgart führten ihn zuletzt seine Geschäfte als Kleinunternehmer. Daniela Brodesser wiederum arbeitete zunächst auch, als Spielgruppenleiterin und im Gastgewerbe. Mit der Geburt der Kinder wurde für sie die Joblage immer schwieriger, drei Jahre lang pflegte sie außerdem ihre Großmutter. Zudem kam die jüngste Tochter schwer krank auf die Welt. „Da war es bei mir mit dem Arbeiten vorbei“, sagt sie.

Bei Klaus Brodesser wiederum sah es beruflich anfangs eigentlich ganz gut aus. Er hatte in Mödling die Fachschule für Tischlerei und Raumausstatter absolviert und in dem Bereich gearbeitet. Doch dann wurde er arbeitslos und traf eine völlig falsche Entscheidung, jedenfalls empfindet er es rückblickend so: „Vor lauter ‚Du sollst nicht so lange arbeitslos sein‘ habe ich den Schritt gemacht: Dann gehe ich halt auf Montage. Und von da bin ich nicht mehr zurückgekommen“, erzählt er. „Denn wenn du einmal in deinem Lebenslauf soundso viele Montagen drinstehen hast, dann kommst du in Objektplanung nicht mehr rein.“ Heute bereut er,



Mit der Entscheidung, offen auf Twitter über ihre Lebenssituation zu sprechen, begann sich auch das Leben von Daniela Brodesser und ihrer Familie zu verbessern.

dass er nicht darauf bestanden hat, in seinem Bereich wieder einen Job zu bekommen. „Dann wäre ich vielleicht länger arbeitslos gewesen, wäre aber nicht aus dem Rad rausgefallen“, meint er.

An die Zeit auf Montage denkt Klaus Brodesser dennoch gerne zurück, sie hatte ihn unter anderem zur Schiffswerft Blohm + Voss in Hamburg geführt, wo er Luxusliner einrichtete.

che gearbeitet und ist ins erste Burn-out geschlittert“, erzählt Daniela Brodesser. Noch im Krankenstand kam die Kündigung – und es begann ein Teufelskreis. Mangels Jobchancen für Daniela Brodesser biss Klaus in den sauren Apfel und ging rasch wieder arbeiten. Das Problem: „So kommst du nicht raus aus dem Burn-out“, hält Daniela Brodesser fest. Das zweite Burn-out war daher vor-

„Am Land in Armut leben ist eine Zusatzbelastung ... es spricht sich sofort herum, und man ist sofort abgestempelt.“

Klaus & Daniela Brodesser

Doch im Laufe der Zeit stieg die Sehnsucht, „sesshaft zu werden“, wie er es beschreibt. Über Umwege landete er im Sicherheitsdienst. Zwar war die Arbeit nicht gut bezahlt, aber doch immerhin sicher, wie er hoffte.

Parallel dazu begann er mit Erfolg als Selbstständiger eine „Küchentuning-Firma“ zu betreiben, wie er es nennt. Online vertrieb er Kücheneinrichtungen und baute auch Küchen um. „Ja, und dann hat er 80 Stunden in der Wo-

programmiert, er musste die Selbstständigkeit aufgeben – und für die Familie begannen finanziell wie psychisch extrem herausfordernde Zeiten.

Dazu kam, dass Klaus Brodesser einen freien Dienstvertrag hatte, weshalb es für die Familie keinen Anspruch auf Mindestsicherung gab. So zeigen sich in diesem Fall zusätzlich die Risiken, die Menschen tragen, wenn sie atypisch beschäftigt sind. Denn wer einen freien Dienstvertrag hat, muss sich nicht nur

selbst um die Buchhaltung, das Finanzamt und die Sozialversicherung kümmern. Will man Mindestsicherung beziehen, darf das Einkommen aus dem Vorjahr nicht über einer bestimmten Grenze liegen. So griff selbst dieses „letzte soziale Netz“ bei der oberösterreichischen Familie nicht, wie die inzwischen wieder in „Sozialhilfe“ umbenannte Sozialleistung gerne genannt wird.

Isolation

Mit dem Jobverlust und der damit verbundenen fehlenden sozialen Absicherung kam enormer psychischer Stress. „Man isoliert sich komplett, das war krass“, sagt Daniela Brodesser. Somit hat sie am eigenen Leib erlebt, was von Politik und Wissenschaft als „Armutsfalle“ bezeichnet wird. Schon zuvor hatten sie ihre Wohnung in Linz aufgeben müssen und lebten in einem kleinen Dorf rund 40 km von Linz entfernt. „Am Land in Armut leben ist eine Zusatzbelastung“, meint Klaus Brodesser. „Es spricht sich sofort herum, und man ist sofort abgestempelt“, ergänzt seine Frau.

Vorausschauend planen, rechtzeitig um Hilfe ansuchen, lauteten etwa gute Ratschläge, die zwar gut gemeint sind, aber die Daniela Brodesser ein müdes Lächeln kosten. „Das ist mir schon klar. Nur: Man schiebt und tut und macht – und man kommt gar nicht mehr so weit, über solche Dinge nachzudenken“, betont sie. In einer solchen Situation ist auch die Jobsuche quälend. „Es ist bei so vielen Armutsbetroffenen ja nicht nur so, dass das Geld hinten und vorn fehlt. Sondern durch die Isolation, durch die Unsicherheit, durch die Existenzangst kommen so viele Probleme zusammen – das bringst du ja auch beim Bewerbungsgespräch rüber, dass du kaputt bist“, so Daniela Brodesser.

Nie reich, aber nie am Limit

Warum aber kriegt man denn Kinder, wenn man sie nicht ernähren kann: Ausagen wie diese kennt sie – und sie bringen Daniela Brodesser immer noch auf die Palme. Immerhin ist es ihr und ihrem Mann zu dem Zeitpunkt, als die Kinder auf die Welt kamen, finanziell ja nicht

schlecht gegangen. „Wir haben auf Urlaub fahren können. Wir waren nie reich, aber wir haben auch nie am Limit gekratzt“, erinnert sie sich.

Hilfe für Alleinerziehende

Am Limit kratzen: Dieses Risiko haben in Österreich nicht nur große Familien oder Menschen mit Migrationshintergrund. Die dritte Gruppe, die von Armutsgefährdung besonders betroffen ist, sind Alleinerziehende. Laut Statistik Austria gibt es österreichweit 168.700 Haushalte, in denen ein Elternteil mit einem oder mehreren Kindern unter 25 Jahren lebt. 90 Prozent davon sind Frauen. In Wien, wo offiziell 48.900 Alleinerziehende (42.900 von ihnen sind Mütter) leben, greift der Verein JUNO jenen unter die Arme, die entweder finanziell oder psychisch straucheln.

Schwierige Wohnungssuche

Sarah Zeller hat den Verein, den sie heute leitet, mitbegründet – und auch sie weiß, wovon sie spricht: Nach der Trennung von ihrem Mann lebte die gebürtige Deutsche mehrere Jahre allein mit ihrem heute achtjährigen Sohn. Zunächst war sie noch Studentin, und als sie mit einer Freundin, damals ebenfalls alleinerziehend und arbeitslos, am privaten Wohnungsmarkt nach einer Wohnung für eine Alleinerziehenden-Wohngemeinschaft suchte, wurde den beiden rasch klar: Ohne dass zumindest eine von ihnen ein regelmäßiges Erwerbseinkommen nachweisen kann, ist keine Wohnung zu bekommen.

So entstand die Idee, im gemeinnützigen Wohnbau solche WGs zu initiieren. Im Rahmen eines Wohnprojekts im 21. Bezirk wurden schließlich tatsächlich drei solcher Wohnungen errichtet. Das war auch der Startschuss für JUNO – den Verein gibt es seit 2015.

Wohnsorgen sind denn auch oft der Grund für die finanziellen Probleme von Alleinerziehenden. Nach einer Trennung müssen Frauen meist nach einer günstigeren Wohnung suchen, da die bisherige für sie nicht mehr leistbar ist. Doch der Wohnungsmarkt ist schwierig: privat zu mieten ist oft zu kostspielig, und um am gemeinnützigen



Sarah Zeller ist Mitbegründerin der Initiative JUNO, bei der Alleinerziehende Alleinerziehende unterstützen.



Zeller weiß noch gut, wie es sich angefühlt hat, Abend für Abend zu Hause zu verbringen und sich entsprechend eingesperrt zu fühlen.

Sektor etwas Passendes zu ergattern, braucht es Geduld, also Zeit, und Antrags-Know-how.

Leistbares Wohnen

JUNO bietet daher einerseits auf seiner Homepage (www.alleinerziehen-juno.at) eine Wohngemeinschaftsbörse für Alleinerziehende. Andererseits initiiert der Verein weiterhin Wohnungen für Alleinerziehende im Rahmen von gemeinnützigen Wohnbauprojekten, was ihnen auch Einnahmen für den Verein bringt. Inzwischen konzentrieren sich Zeller und ihre Mitstreiterinnen aber auf kompakte Wohnungen für „Ein-Eltern-Familien“. Diese bringen auf leistbaren rund 60 Quadratmetern drei Zimmer, also jeweils einen Rückzugsraum für Elternteil und Kind sowie eine gemeinsame Wohnküche, unter. Es habe sich nämlich heraus-

gestellt, dass Alleinerziehenden-WGs nicht immer der Weisheit letzter Schluss sind. „Eine Alleinerziehenden-WG hat viel Potenzial in beide Richtungen: viel Konfliktpotenzial und viel Gemeinschafts- und Unterstützungspotenzial.“

weit darf ich dein Kind miterziehen und umgekehrt – das muss zusammengehen.“ Erschwert werde das Zusammenleben auch dadurch, dass viele Alleinerziehende ohnehin schon mit Überlastung oder Burn-out kämpfen oder eine eben erst

„Eine Alleinerziehenden-WG hat viel Potenzial in beide Richtungen: viel Konfliktpotenzial und viel Gemeinschafts- und Unterstützungspotenzial.“

Sarah Zeller, Alleinerzieherin

Wie in Studierenden-WGs auch sei es nicht immer einfach mit der Sauberkeit und der Aufteilung des Putzens. „Doch hier kommt das Zusammenleben mit Kindern dazu: Wie erziehe ich mein Kind, wie erziehst du dein Kind, inwie-

erfolgte Trennung zu verarbeiten hätten. Auch hier steht der Verein Betroffenen zur Seite. Denn JUNO leistet auch jede Menge Beratungsarbeit. Zeller und ihre inzwischen zwölf Kolleginnen helfen Alleinerzieherinnen, aber auch alleinerzie-

henden Männern im Rahmen einer Sozialberatung, sich im Antragsdschungel – auch für diverse Unterstützungen – zu rechtzufinden. Die psychologische Beratung unterstützt jene, die mit der Trennung oder Überlastung kämpfen. Und dann wird auch eine Eltern-Moderation angeboten, im Rahmen derer Vater und Mutter, so noch eine gewisse Kommunikationsbasis da ist, etwa Betreuungspläne ausverhandeln können. 2018 leistete der Verein an die 100 Beratungsstunden und hielt fünf Info-Workshops. Wie viel höher der Bedarf wäre, zeigt die Anzahl der Kontaktaufnahmen: 1.627 waren es im Vorjahr, viele von ihnen kamen per Mail, an die 200 telefonisch.

Selbsthilfe

Wichtig ist bei JUNO, dass nur jene beraten, die selbst alleinerziehend sind. Zeller, die inzwischen wieder in einer Beziehung lebt, weiß noch gut, wie es sich angefühlt hat, Abend für Abend zu Hause zu verbringen und sich entsprechend eingesperrt zu fühlen. „Ich habe dann ab und zu Freunde auf ein Glas Wein ein-

Arabisch und Farsi Sprechende im Team zu haben, sagt Zeller. Wer sich hier engagiert, tut dies allerdings ohne oder für geringes Entgelt. Denn JUNO kämpft immer noch um Unterstützung durch die öffentliche Hand. Bisher gewährte die Stadt Wien in einigen Jahren 5.000 Euro, im Vorjahr blieb die Förderung ganz aus. Einnahmen gebe es durch die beratende Tätigkeit im Rahmen von Wohnbauprojekten, dazu kämen Spenden von Unternehmen oder Einzelpersonen.

Insgesamt arbeite JUNO aber mit einem Minibudget, sodass es derzeit auch etwa vier Wochen Wartezeit auf einen Beratungstermin gebe. Das sei nicht ideal, da jede, die sich melde, das aus einer Notsituation heraus tue. Alleinerziehenden unter die Arme zu greifen, nütze am Ende allen, ist Zeller überzeugt. Den Verweis auf begrenzte Budgets und andere soziale Einrichtungen, denen man das Budget nicht kürzen wolle, um einem relativ neuen Verein wie JUNO Geld zuzuschlagen, kann sie nicht mehr hören. In Wien biete sonst nur die Erzdiözese Beratung

sei aber an der Zeit, den Verein auf eine solide finanzielle Basis zu stellen – nicht zuletzt deshalb, weil Zeller und ihre Kolleginnen nicht ewig derart prekär diese Arbeit leisten können, wie sie es derzeit tun.

Steigender Bedarf

„Wir wünschen uns von der Stadt Wien eine Basisförderung“, sagt Zeller. Ob die Stadt diese zusagt, bleibt abzuwarten. Dabei ist und bleibt es notwendig, dass Menschen wie Sarah Zeller und ihre MitstreiterInnen in ihrem wichtigen Engagement unterstützt werden. Immerhin sind sie es, die jene Risse zu kitten versuchen, die durch Mängel bei der sozialen Absicherung entstanden sind. Und der Bedarf an Unterstützung durch Vereine wie JUNO wird nicht zuletzt durch die Abschaffung der Mindestsicherung steigen. Gespart wird künftig nämlich sowohl bei Mehr-Kind-Familien als auch bei Menschen mit nichtdeutscher Muttersprache.

Es kann jede/n treffen

Da die Regierung zudem den Ton gegenüber Arbeitslosen verschärft hat, wird auch Daniela Brodesser weiterhin gegen viele Vorurteile ankämpfen müssen, ob auf Twitter oder im Rahmen ihres Projekts „Un-Sichtbar“. Wichtig ist ihr zudem, dass den Menschen bewusst wird, wie schnell man in der Armutsfalle landen kann: „Es kann jeden treffen, weil es heutzutage so schnell geht. Ich kann zum Beispiel seit Jahren einen Job haben. Aber was ist, wenn die Firma pleitegeht? Das passiert ja laufend. Und dann lebe einmal mit dem Arbeitslosengeld, hast aber ein gewisses Alter oder nicht die Ausbildung, die gerade gebraucht wird – dann findest du nichts. Und so schnell kannst nicht schauen und du bist auch drinnen in der Mindestsicherung.“

„Es ist auch nicht so, dass ich heute so oft abends unterwegs wäre. Aber ich weiß, ich könnte mal schnell rausgehen.“

geladen. Es ist auch nicht so, dass ich heute so oft abends unterwegs wäre. Aber ich weiß, ich könnte mal schnell rausgehen.“ Gut erinnern kann sie sich auch noch an die vielen Anträge auf Unterstützung, die sie gestellt hat, nachdem ihre Ehe – ihren Mann hatte sie bei einem eineinhalbjährigen Südamerika-Aufenthalt nach der Matura kennengelernt – in die Brüche gegangen war. Das sei auch schon als Deutsch-Muttersprachlerin nicht so einfach. Als Migrantinnen haben Frauen es allerdings doppelt schwer.

Zu JUNO kommen auch immer mehr Frauen mit Migrationshintergrund oder Frauen, die Kopftuch tragen. Fremdsprachige Beratung bietet der Verein derzeit auf Slowakisch, Polnisch, Ungarisch, Spanisch und Englisch an. Es gäbe auch Bedarf, Türkisch,

für Alleinerziehende. Diese sei gut, aber nicht niederschwellig. „Welche Frau mit Kopftuch geht zur Erzdiözese?“ Sie selbst hat dort Hilfe gesucht, als sie sich von ihrem Mann getrennt hatte, und sich damals diese Frage gestellt.

Rechtzeitige Hilfe

Wenn Mütter schließlich mit ihren Kindern auf der Straße stehen, weil sie die Miete nicht mehr zahlen können, oder vor lauter Überlastung zusammenbrechen, sei niemandem geholfen. Hier müsse man auch an die Folgekosten denken.

Mit der Stadt Wien sei JUNO von Beginn an im Gespräch. Sie habe Verständnis dafür, dass die Stadt erst über ein paar Jahre verfolgen wolle, ob ein Verein ordentlich abrechne und wirtschaftliche, so die Leiterin von JUNO. Es

Weitere Informationen:
www.un-sichtbar.co.at
www.alleinerziehen-juno.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Redaktion
aw@oegb.at



Ungesunde Spaltung

Trotz bekannter Herausforderungen will die Regierung sparen. Das Risiko für Unterversorgung und zunehmende Ungleichheit steigt.

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Nehmen Sie noch neue Patienten? Das ist seit einigen Jahren in vielen Gegenden wohl die Standardfrage bei der Arztsuche. Wer es sich leisten kann, weicht auf eine Wahlärztin oder einen Wahlarzt aus. Dort muss man in der Regel nicht allzu lange auf einen Termin warten. Denn während es früher mehr Kassen- als WahlärztInnen gab, hat sich vor etwa zehn Jahren das Verhältnis umgedreht. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der WahlärztInnen mehr als verdoppelt (aktuell rund 10.100, darunter 7.000 FachärztInnen). Dementsprechend sind die Ausgaben der Kassen für Wahlarztleistungen von 2010 bis 2017 um 48 Prozent gestiegen. Unser Gesundheitswesen zählt zu den besten der Welt, doch es hakt an einigen Stellen. Außerdem besteht dringender Handlungsbe-

darf angesichts demografischer Entwicklungen. Doch die verschiedenen Akteure im Gesundheitssystem konfrontieren die unzufriedenen PatientInnen mit immer neuen, teils widersprüchlichen Zahlen: Die Ärztekammer klagt über ÄrztInnenmangel, Versorgungslücken und unattraktive Honorarsysteme bei den Gebietskrankenkassen.

Der Hauptverband relativiert diese Aussagen dann mit anderen Zahlen und Fakten, etwa in einem Paper, in dem sechs „Mythen zum Ärztemangel“ widerlegt werden. Die Regierung wiederum kündigt Fusionen und Sparmaßnahmen an und verspricht nicht nur gute, sondern bessere Versorgung. Die Medien liefern Berichte über medizinische Errungenschaften wie **Exoskelette** für SchlaganfallpatientInnen oder stellen Top-PhysiotherapeutInnen vor, die SpitzensportlerInnen auch nach schweren Verletzungen wieder fit machen.

Auf der anderen Seite die Realität von KassenpatientInnen: mühsame ÄrztInnensuche, stundenlanges Warten in Ambulanzen und Ordinationen, Physiotherapie-Einheiten im Minutentakt, die für Behandelnde und Behandelte gleichermaßen unbefriedigend ablaufen. Über Psychotherapie auf Krankenschein wurde schon viel geschrieben, aktuell kann es nach wie vor bis zu acht Monate dauern, bis Betroffene an die Reihe kommen. Dass die Wartezeiten auf geplante Operationen und aufwändigere Untersuchungen für Privatversicherte und SelbstzahlerInnen meist kürzer sind als für KassenpatientInnen, ist schon lange kein Geheimnis mehr.

Drei-Klassen-Medizin

Wolfgang Panhölzl, Leiter der Abteilung Sozialversicherung der AK Wien, setzt mit seiner Kritik beim System an: „Trotz oder

eigentlichen wegen der Kassenfusionen wird es in Zukunft keine Zwei-, sondern sogar eine Drei-Klassen-Medizin geben. Die besten Leistungen, weil geringsten Risiken (gute Beitragsgrundlagen, sichere Jobs, wenig Arbeitsunfälle und witterungsbedingte Krankheiten) bieten die Beamtenversicherung und die Krankenfürsorgeanstalten (der öffentlich Bediensteten auf Landes- und Gemeindeebene).

An zweiter Stelle folgen die Selbstständigen und Bauern. Erst danach kommen die ASVG-Versicherten.“ Die Bedingungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Selbstständige und Bauern sind daher günstiger. Deren Sozialversicherungsanstalten können den PatientInnen etwa bessere Unterstützungen bei Zahnmedizin und Physiotherapie sowie den ÄrztInnen bessere Verträge mit höheren Honoraren bieten. Bei ASVG-Versicherten hingegen können niedergelassene ÄrztInnen nur durch die Quantität auf ihre Kosten kommen.

2017 veröffentlichte das Sozialministerium eine Studie zu Effizienzpotenzialen im Sozialversicherungs- und Gesundheitsbereich: Neben der Reduzierung der Verwaltungskosten um 10 Prozent (= 120 Millionen Euro) empfahlen die ExpertInnen der **London School of Economics (LSE)** die Leistungsharmonisierung der verschiedenen Kassen, mehr Abstimmung zwischen niedergelassenem Bereich und Spitälern, eine bessere Versorgung chronisch Kranker und den Ausbau der Primärversorgung.

Warten auf gleiche Leistung

„Leistungsharmonisierung beispielsweise wurde uns jetzt zwar versprochen, aber genau das ist nicht passiert“, kritisiert AK-Experte Panhölzl die kürzlich erfolgten Kassenzusammenlegungen und die Zentralisierung. Damit werden die Leistungsunterschiede zwischen den Berufsgruppen verfestigt, und auch die regionale Versorgung wird gefährdet: „Wie soll mit einer zentralen Einheitskasse zum Beispiel die regionale Versorgung mit AllgemeinmedizinerInnen im Lungau, im Waldviertel oder im Mölltal verbessert werden?“

Es gibt also einigen Verbesserungsbedarf. Und – Digitalisierung hin oder her – je höher der Anteil an alten Men-

schen, desto mehr Personal wird gebraucht, in Krankenhäusern, SeniorInnenwohnheimen und in der **extramuralen** Betreuung. Bis 2060 wird sich der Anteil der über 75-Jährigen fast verdoppeln (= 16,5 Prozent der Bevölkerung). Die Statistik Austria hat berechnet, wie sich die Gesundheitskosten mit zunehmendem Alter erhöhen. Bereits für Menschen zwischen 50 und 59 Jahren ist die medizinische Betreuung pro Jahr doppelt so teuer wie bei unter 40-Jährigen. Mit dem 75. Lebensjahr steigen die Kosten durchschnittlich auf das Fünffache.

„Doch die Regierung plant, bis 2023 dem Gesundheitssystem 1,1 Milliarden Euro zu entziehen“, weiß Wolfgang Panhölzl. „So wurden beispielsweise die Unfallversicherungsbeiträge gesenkt. Ab 2023 wird die Unfallversicherung keinen pauschalierten Ersatz mehr für Arbeitsunfälle leisten, die auf Kosten der Krankenversicherung versorgt werden (derzeit 200 Millionen Euro jährlich).“ Hinzu kommen die Fusionskosten und – laut Hauptverband – ein teurerer ÄrztInnen-Gesamtvertrag.

Aufmerksame BeobachterInnen erkennen auch im heimischen Gesundheitsbereich einen Trend zur Privatbeteiligung, unter anderem sinkt die Zahl der kasseneigenen Gesundheitseinrichtungen. Der AK-Experte nennt Deutschland als negatives Beispiel. Dort wurde vor fast 15 Jahren mit verstärkter Privatisierung begonnen. Aktuell sind deutsche Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen bereits bis zu 40 Prozent privatisiert. Die Folge ist ein veritabler Pflegenotstand. Im Sommer 2018 etwa berichtete der Radiosender Deutschlandfunk von dramatischer Personalknappheit wegen katastrophaler Arbeitsbedingungen. Mit „Kopfprämien“ von 5.000 Euro und mehr wurden Pflegekräfte gesucht. Aber, so Panhölzl, die Kapitalfonds, die in Gesundheitseinrichtungen investieren, versprechen den Shareholdern seriöse Renditen von 8 Prozent – ein „Traumgeschäft“ für AnlegerInnen zulasten der Versicherten. Man muss kein Wirtschaftsexperte sein, um zu wissen, dass derartige Entwicklungen für alle mit geringem Einkommen ziemlich beunruhigende Zukunftsaussichten bringen.

Forderungen von AK und ÖGB

- Risikostrukturausgleich über alle Versicherungsträger bei gleichzeitigen Verbesserungen für ASVG-Versicherte
- Faires Wartezeiten-Management
- Rascherer Ausbau der Primärversorgungszentren
- Ausbau der Präventionsarbeit, mit dem Ziel, nicht nur die Lebenserwartung zu erhöhen, sondern auch die Lebensjahre in Gesundheit. Denn im internationalen Vergleich wird die Gesundheit der ÖsterreicherInnen zu früh durch chronische Krankheiten und Abnutzungserscheinungen beeinträchtigt.
- Rasche Umsetzung von ELGA, unter anderem auch um Gesundheitsrisiken durch **POLYPHARMAZIE** bei SeniorInnen zu vermeiden.
- Keine Selbstbehalte: Sie verhindern unter Umständen, dass Menschen rechtzeitig zum Arzt gehen.

Wer es sich leisten kann, sorgt also vor. In Österreich meldete der Versicherungsverband im vergangenen Februar, dass nach ersten Berechnungen für das Jahr 2018 das Prämienvolumen bei privaten Krankenversicherungen um 4,3 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro gestiegen ist. Auch hier wird Ungleichheit verstärkt, statt sie abzubauen.

„Anreizsysteme wie die reduzierten Selbstbehalte der SVA kommen nur jenen zugute, die erstens informiert sind und zweitens überhaupt die Möglichkeit haben, ihr Leben gesund zu gestalten“, argumentiert Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. „Für in die Selbstständigkeit gezwungene Botenfahrer, die 14 Stunden pro Tag unterwegs und zu ungesunder Ernährung fast gezwungen sind, bedeuten diese Modelle eher eine Krankensteuer als einen Anreiz für ein gesünderes Leben.“

LSE-Studie:

tinyurl.com/y3sdpwrh

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

afadler@aon.at

oder an die Redaktion

aw@oegb.at

Keine Narrenfreiheit

Soziale Medien sind aus Wahlkämpfen nicht mehr wegzudenken.

Ihr Prinzip: Was emotionalisiert, verbreitet sich gut. Das führt zur Polarisierung.

Beatrix Mittermann
Redakteurin des ÖGB-Verlags

Dass Leute unterschiedlicher Meinung sind, ist natürlich. Diese auch mitzuteilen, ist ebenfalls legitim, immerhin gibt es das in der Verfassung etablierte Grundrecht der Meinungsfreiheit. In Zeiten von sozialen Medien aber ist umso deutlicher geworden, dass nicht alle ihre Meinung konstruktiv äußern. Vielmehr machen sich auch destruktive Meldungen breit, im schlimmsten Fall sogar Beschimpfungen, wie sich auch im AK-Wahlkampf zeigte.

Eigentlich wurden soziale Medien dafür konzipiert, einen geeigneten Raum für die Selbstpräsentation und den Austausch zu schaffen. Aber wieso kommen verbale Angriffe und Beleidigungen dort so oft vor? Ein großer Faktor dafür ist, dass die Person, die man beschimpft, weit entfernt ist. Man muss seine sicheren vier Wände nicht verlassen. Man muss niemandem gegenüber treten. Niemandem in die Augen schauen. Das World Wide Web ist wie eine Kommunikationsspielwiese, und nur ein flimmernder Bildschirm oder ein leuchtendes Display ist stummer Zeuge.

Die ideale Werbeplattform

Gerade weil sich so viele Menschen in sozialen Medien tummeln, sind sie die ideale Werbeplattform. Egal ob Unternehmen, Vereine, politische Parteien oder InfluencerInnen – alle nutzen sie gerne. Grund dafür ist der permanente und ungefilterte Zugang zu KundInnen, potenziellen WählerInnen, Interessierten, kurz-

um: der gewünschten Zielgruppe. Und noch mehr: Man kann diese, zumindest theoretisch, rund um die Uhr erreichen; und das ohne zwischengeschaltete Medien, die Inhalte vorab selektieren.

Reichweite nur durch Bezahlung

Niemand kann es sich leisten, nicht auf den unterschiedlichen Plattformen aktiv zu sein. Aber nicht jeder kann es sich leisten, mit seinem Facebook-, Twitter- oder Instagram-Auftritt auch viele Personen zu erreichen. Denn die organische Reichweite, also jene Personenanzahl, zu der man vordringt, ohne dafür Geld in die Hand nehmen zu müssen, sinkt stetig. Stattdessen wird die bezahlte Reichweite immer bedeutender. Diesbezüglich hat sich die Nutzung der sozialen Medien in den letzten Jahren radikal geändert. Anfänglich waren soziale Medien ein Ort, an dem auch nicht ganz so finanzstarke Institutionen, Vereine sowie NGOs eine geeignete Werbeplattform vorfanden. Seit geraumer Zeit ist die Schaltung von Anzeigen unabdingbar, um auf seine Seite oder Postings aufmerksam zu machen.

Unterm Strich bedeutet das: Wer mehr Geld hat, ist präsenter und kann die öffentliche Meinung besser beeinflussen. Man kann sich also vorstellen, welchen Unterschied es macht, ob man nun das nötige Budget für Werbeschaltungen hat oder nicht. Kaum verwunderlich, dass wirtschaftsnahe, finanzstarke Organisationen, die UnternehmerInneninteressen in den Fokus rücken möchten, auf allen Kanälen präsent sind. Diejenigen hingegen, die sich für die Schwächsten in der Gesellschaft ein-

setzen, können aufgrund geringerer Budgets ihre Message nicht flächendeckend platzieren. Hinzu kommt die Regierung, der eine Institution wie die Arbeiterkammer, die für die Interessen der ArbeitnehmerInnen eintritt, ein Dorn im Auge ist. Seit ihrem Amtsantritt schlug sie sich ganz deutlich auf die Seite der Betriebe, während die AK durch die Abschaffung der gesetzlichen Mitgliedschaft unter dem Vorwand eines angeblich nicht mehr zeitgemäßen Systems geschwächt werden sollte.

Wahlkampf 4.0

Auch bei der Wahlwerbung ist die Präsenz auf sozialen Medien unabdingbar. Denn: Ohne das Internet ist heute kaum noch ein Wahlkampf möglich. Die Hilfsmittel und Tools, die dafür zur Verfügung stehen, sind enorm. Eine beliebte Methode sind sogenannte Dark Posts. Darunter versteht man bezahlte Postings, die nicht auf der eigentlichen Facebook-Seite für alle sichtbar und zugänglich sind, sondern die nur bestimmten Personengruppen angezeigt werden. Diese Zielgruppen können bis ins Kleinste definiert werden, um maßgeschneiderte Botschaften aussenden zu können. Man spricht dabei von Mikro-Targeting. Alles, was man sich dabei fragen muss: Was bewegt diese Zielgruppe?

Setzt sich jemand beispielsweise für ein allgemeines Rauchverbot ein, kann er diese Botschaft nur an Nichtraucher ausspielen und bei dieser Personengruppe Sympathiepunkte sammeln. Woher Facebook weiß, wer raucht und wer nicht? Einblicke in diese Thematik sind schwierig, jedoch hat eine Studie der



University of Cambridge die Trefferquote von Facebook näher unter die Lupe genommen und dabei festgestellt: Wenn es um die politische Einstellung geht, liegt Facebook zu 85 Prozent mit seiner Einschätzung richtig, beim Rauchverhalten zu 73 Prozent.

Viele Themen, die auf der politischen Agenda stehen, werden in Facebook-, Twitter- oder Instagram-Anzeigen jedoch gar nicht zur Sprache gebracht. Und das hat einen Grund: Sie emotionalisieren nicht. Alles, was Menschen nicht nahegeht, wird sie tendenziell weniger dazu verleiten, einen Kommentar zu hinterlassen, mit einem Like zu reagieren oder ein Posting zu teilen. Ein altbekanntes Beispiel ist die Thematik der Migration. Kaum ein anderes Thema lässt die Wogen so hochgehen wie dieses. Man mag kaum glauben, wie aktivierend das Gefühl der Wut ist. Themen erzielen eine unglaubliche Reichweite, wenn sie die Bevölkerung polarisieren. Im Endeffekt geht es in den sozialen Medien vor allem um Likes und Klicks, und die summieren sich besonders bei emotionalen Themen.

Emotionalisierende Themen

So beispielsweise das Thema Langzeitarbeitslosigkeit bzw. Sozialleistungen. Die finanzielle Absicherung in einer Notsituation durch den Sozialstaat ist an sich noch kein Thema, das zu hitzigen Diskussionen verleitet. Stellt man jedoch eine Person an den Pranger, die dieses System ausnützt, sieht das schon ganz anders aus – Einzelfall hin oder her. Dann ist ein **polemischer** oder provokanter Kommentar schnell ge-

schrieben. Dass jedoch vorwiegend Personen unterstützt werden, die sich die Arbeitslosigkeit keineswegs ausgesucht haben, tritt in den Hintergrund. Auch wird ihr täglicher Kampf, den Lebensalltag zu bestreiten, aus dem Bewusstsein verdrängt sowie die Scham, die mit der gesellschaftlichen Stigmatisierung einhergeht. Das Ziel, eine Diskussion in Gang zu setzen, ist erreicht und stachelt immer mehr Menschen dazu an, ihre eigene Meinung beizusteuern – sowohl pro als auch kontra Notstandshilfe.

Polarisierung spaltet

Im Endeffekt geht es lediglich darum, bei möglichst vielen Personen im Newsfeed zu erscheinen. Und das wird vor allem durch die Zahl der Interaktionen (Likes, Kommentare, Klicks) erreicht. Der Facebook-Algorithmus begünstigt Reaktionen wie „love“ oder „wütend“. Und wo werden diese vor allem gegeben? Natürlich bei Postings, die mit den Emotionen der Menschen spielen und ihre Meinungen polarisieren. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie dafür oder dagegen sind: Hauptsache, sie reagieren. Und genau diese Polarisierung spaltet die Gesellschaft weiter.

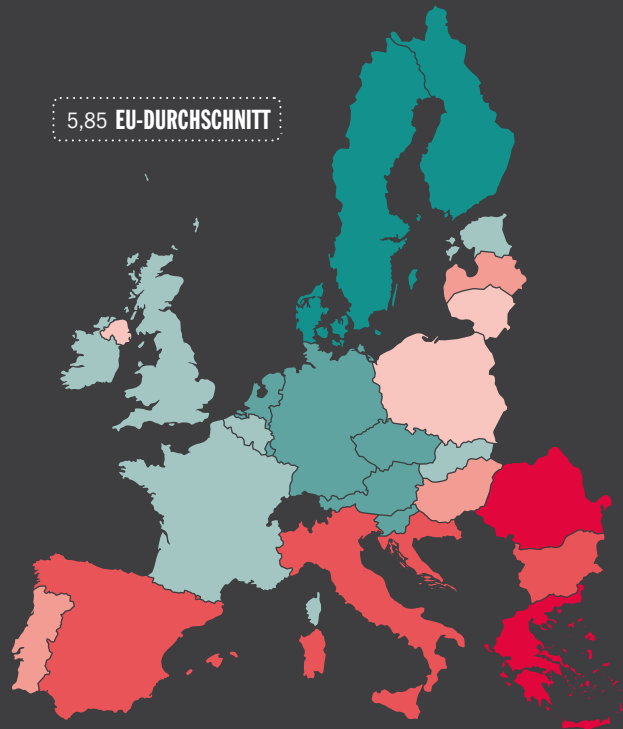
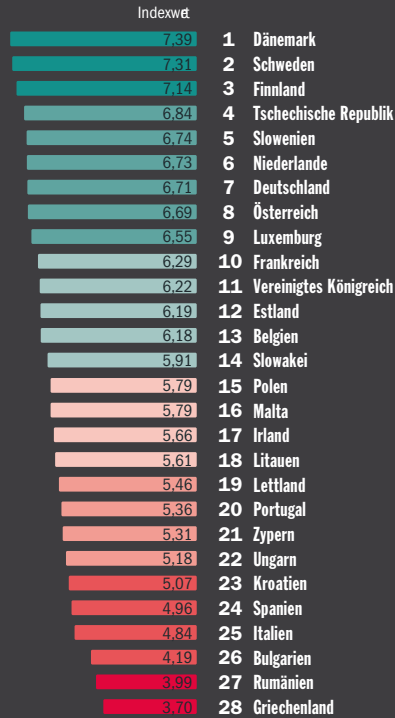
Es lässt sich nicht leugnen: Durch Plattformen wie Facebook und Twitter hat sich die Art unserer Kommunikation verändert. Es ist leichter geworden, seine persönliche Meinung kundzutun, und man erreicht damit einen größeren Kreis an Personen. Generell ist das ja noch nichts Schlechtes. Nimmt man jedoch den Faktor Anonymität hinzu, sinkt oftmals auch die Hemmschwelle,

sodass Kommentare unter die Gürtellinie gehen. Und genau an dieser Stelle braucht es stärkere Kontrollen sowie auch Konsequenzen, wenn Grenzen überschritten werden. Das wird vom „Netzwerk Hate Crime Kontern“ forciert – sowohl online als auch offline wollen die MitarbeiterInnen Hassverbrechen sichtbar machen sowie ihnen effektiv und präventiv entgegentreten.

Ziel sollte es sein, die Diskussionen im Netz wieder auf ein sachliches Niveau zurückzuführen. Themen, die unterschiedliche Reaktionen hervorrufen, gab es immer und wird es auch immer geben. Die Frage ist nur, wie man sie thematisiert und wie man damit umgeht, ob als UserIn oder gesellschaftliche Akteurin bzw. gesellschaftlicher Akteur. So wie es in der realen Welt gesellschaftliche Regeln für ein respektvolles Miteinander gibt, braucht auch die virtuelle Welt ein besseres Verständnis für einen guten Umgangston. Um Fehlverhalten zu verhindern, gibt es auf vielen Seiten bereits eine Netiquette. Medienkompetenz soll zudem zu einem besseren zwischenmenschlichen Umgang im Internet beitragen. Im Endeffekt muss sich jedoch jeder an der eigenen Nase nehmen: Meinungsfreiheit ja, Narrenfreiheit nein.

ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit:
www.hatecrimekontern.at

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
beatrix.mittermann@oegbverlag.at
oder an die Redaktion
aw@oegb.at



Quelle: Bertelsmann Stiftung, 2017

Zersplittertes Europa

Europa ist politisch, wirtschaftlich und sozial gespalten. Das Europäische Parlament kann etwa in der Sozial- und Beschäftigungspolitik eine wichtige Rolle spielen.

Heike Hausensteiner
Freie Journalistin

Eine Spaltung der Gesellschaft werfen die einen den anderen vor. Aktiv treibt sie aber niemand voran. Zumindest wird das offiziell beteuert. Dennoch liegt klar auf der Hand: Der Alte Kontinent ist gespalten – in politischer ebenso wie in ökonomischer und sozialer Hinsicht. Seit zehn Jahren erhebt etwa die deutsche Bertelsmann-Stiftung den Zustand der sozialen Gerechtigkeit in den EU-Mitgliedsländern anhand von 38 Kriterien wie Armut, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Nicht-Diskriminierung. Die gute Nachricht: Zehn Jahre nach Ausbruch der Wirtschaftskrise zeichnet sich eine Trendwende insbesondere auf den Arbeitsmärkten ab. Die schlechte: Das eklatante Nord-Süd-Gefälle bleibt beste-

hen. Dazu haben sich noch weitere Ungleichheiten gesellt.

Traditionell dominieren bei der sozialen Gerechtigkeit in der EU die nordischen Länder das Spitzenfeld: In Dänemark, Schweden und Finnland liegt der hochgerechnete Index (Daten aus 2017) zwischen 7,14 und 7,39.

Verschiedene Geschwindigkeiten

Die Hälfte beträgt er beim unveränderten Schlusslicht Griechenland (3,70). Auch Länder wie Rumänien, Bulgarien und der EU-Gründerstaat Italien schneiden schlecht ab (3,99 bis 4,84). Der EU-Durchschnitt wird mit 5,85 angegeben, Österreich erreicht 6,69. Bemerkenswert ist, dass sich Tschechien als Teil des seinerzeitigen kommunistischen Blocks auf Rang vier vorgearbeitet hat (6,84).

Eine EU verschiedener Geschwindigkeiten ist längst Realität: Den Euro

haben (noch) nicht alle Mitgliedstaaten eingeführt, am Schengen-Abkommen über den Wegfall der Kontrollen an den Binnengrenzen haben einige nie teilgenommen – manche, darunter Österreich, haben es derzeit ausgesetzt. Hinzu kommt, dass die EU-Erweiterung um Ostdeutschland und die anderen ehemaligen kommunistischen Länder Ost- und Südosteuropas dort mitunter als eine Form von „Wirtschaftskolonialismus“ empfunden wurden. Demgegenüber greifen 2019 die alten EU-Länder, aber auch Österreich gerne auf günstige Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedstaaten zurück, seien es Handwerker oder vor allem die Pflegerinnen aus Bulgarien, Rumänien oder der Slowakei. Diese lassen ihre Kinder wochen- oder monatelang als (Halb-)Waisen in einer trost- und empathielosen Umgebung zurück – ein Problem, das „der Westen“ jedoch ausblendet.

Also stellt sich die Frage: Wie ließe sich eine tiefere Spaltung der EU verhindern? Und ist das überhaupt das Ziel jener Menschen, die nun durch Österreich tingeln, um für die Wahlen zum Europäischen Parlament um Stimmen zu werben. Einer von ihnen ist der VP-Spitzenkandidat Othmar Karas: „Europa steht unter Spannung: Von innen üben die Populisten und Nationalisten Druck aus, die Ängste schüren und Schuld zuweisen, aber keine Probleme lösen. Von außen entsteht Druck durch globale Spieler wie die USA, Russland und China, die kein Interesse an einem starken Europa auf der Weltbühne haben. Um diesem Druck standzuhalten und eine Spaltung Europas zu verhindern, müssen wir den Teufelskreis durchbrechen.“ Er, seit 20 Jahren Mitglied des Europäischen Parlaments, will sich weiter für ein starkes und handlungsfähiges Europa einsetzen. Denn: „Mangelnde Handlungsfähigkeit Europas führt zu Vertrauensverlust, der die EU-Gegner erstarken lässt, die dann die Weiterentwicklung und Stärkung Europas behindern, was wiederum die Handlungsfähigkeit Europas schwächt.“

Rechte Lügen

Die SPÖ-EU-Delegationsleiterin Evelyn Regner geht ebenfalls hart mit den Schreihälsen ins Gericht: „Es sind die Lügen der Rechten und Populisten, die Europa spalten. Und das Brexit-Chaos führt uns momentan jeden Tag vor Augen, was passiert, wenn diese Taktik der Europa-Zerstörer Erfolg hat.“ Auch die Gewerkschafterin, seit zehn Jahren Europaparlamentarierin, unterstreicht den Gemeinschaftsgedanken. „Wir müssen ganz deutlich aufzeigen, dass wir den aktuellen Herausforderungen nur gemeinsam begegnen können. Kein Zaun und keine Mauer wird den Klimawandel aufhalten. Das Versprechen, das die EU den Menschen macht, ist ein Leben in Frieden und Demokratie in einem vereinten Europa. Dafür werden wir auf der ganzen Welt benedictet. Und darauf müssen sich alle EU-BürgerInnen verlassen können“, so Regner. „Wenn manche PolitikerInnen und Regierungen das heute nicht mehr so sehen, dann sollte man sie daran erinnern, dass jeder Mitgliedstaat sich mit

dem Beitritt zur wirtschaftlichen und politischen Integration verpflichtet hat.“

Auch Grünen-Kandidatin Monika Vana möchte eine weitere Legislaturperiode im EU-Parlament arbeiten. Sie sieht die EU im Moment durch zwei Trennlinien politisch gespalten: Auf der einen Seite durch das Erstarken von rechtspopulistischen Parteien. Auf der anderen Seite nimmt sie die EU-Kommission genauso wie einzelne Regierungen in die Pflicht, die unverändert dem Credo der „Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Handelsabkommen ohne Beschränkungen huldigen“. „Markliberale Wirtschaftsdogmen und eine verheerende Kaputtsparpolitik machen die EU in den Augen vieler Menschen zum Vehikel des Neoliberalismus statt zum Instrument, die europäische Integration aktiv zu gestalten.“ Europa sei dann stark, „wenn es für die Schwächsten da ist“. Deshalb müsse die EU zu einer Sozial- und Klima-Union werden.

Dass es in der EU keineswegs nur Kräfte gibt, die die politische Einigung vorantreiben wollen, zeigt das Beispiel der FPÖ. Spitzenkandidat und FP-Generalsekretär Harald Vilimsky will generell „weniger Europa“. Ähnlich wie die Protagonisten des Brexit setzt auch er sich dafür ein, dass sich die Länder Macht „zurückholen“. Im Europäischen Parlament setzt er auf die Zusammenarbeit mit anderen rechtsnationalen Parteien. Die FPÖ schloss sich im Wahlkampf der von Italiens Vize-Premier **Matteo Salvini** (Lega) initiierten „Allianz der europäischen Völker und Nationen“ an, in der etwa die Alternative für Deutschland (AfD), der Rassemblement National (RN, früher: Front National) von Marine Le Pen oder die niederländische Freiheitspartei (PVV) von Geert Wilders vertreten sind.

Top-Player

Doch zurück zu den Ungleichgewichten in der Europäischen Union. Hier gibt es – jedenfalls aus Sicht von ArbeitnehmerInnen – einiges zu beheben. Aber spielt das Europäische Parlament hier überhaupt eine Rolle? „In den letzten Jahrzehnten ist das Europäische Parlament zu einem Top-Player in der EU-Gesetzgebung aufgestiegen“, hält AK-Experte Frank Ey fest, der

selbst jahrelang im Brüsseler Büro der ArbeitnehmerInnen-Vertretung gearbeitet hat. „Bei den allermeisten Legislativvorhaben entscheidet das europäische Hohe Haus gleichrangig mit Rat und Europäischer Kommission über neue Gesetze mit.“

Bedeutende Mitsprache

So bestimmt es bei folgenden Themen mit, die für ArbeitnehmerInnen von Bedeutung sind: in der Sozial- und Beschäftigungspolitik, worunter unter anderem ArbeitnehmerInnenschutz oder Förderprogramme gegen Jugendarbeitslosigkeit fallen. Auch im KonsumentInnenschutz spielt es eine wichtige Rolle, bei Wirtschaftsthemen, dem Klimawandel, dem EU-Budget, der Agrarpolitik oder der Gesundheitspolitik. Auch gelang es dem Europäischen Parlament, seinen Einfluss auszuweiten. So war es in Steuerfragen nicht in Entscheidungen eingebunden. Angesichts der Steuerskandale ist es den ParlamentarierInnen gelungen, so viel politischen Druck aufzubauen, dass das Parlament nun ein Wörtchen mitzureden hat.

„In fast allen Bereichen ist die Verabschiedung von neuen EU-Gesetzen damit nur unter Mitwirkung des Europäischen Parlaments möglich“, so Ey. Es lohnt sich deshalb für die ArbeitnehmerInnen, sich die Wahlprogramme genau anzusehen und zu überprüfen, welche Auswirkungen sie haben. Jedenfalls sollten die WählerInnen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. AK-Experte Ey: „Wer darauf verzichtet, am 26. Mai wählen zu gehen, überlässt anderen die Entscheidung, wie künftig im Europäischen Parlament Politik gemacht wird – und gibt damit die Möglichkeit, darüber selbst zu bestimmen, aus der Hand.“

Tipp:

Im Online-Magazin der A&W erscheint Mitte Mai ein EU-Schwerpunkt:
www.arbeit-wirtschaft.at

Analyse von Frank Ey im AK-infobrief eu und internationales Nr. 1/2019

wien.arbeiterkammer.at/euinfobrief

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
heike.hausensteiner@gmail.com

oder an die Redaktion
aw@oegb.at

awblog.at ist die digitale Ergänzung zur Printausgabe der „Arbeit&Wirtschaft“. Frisch gebloggt zeigt die Highlights.

EU: Konzernlobbying dominant – Transparenz ausbaufähig

Frank Ey

Es läuft etwas schief in der EU-Hauptstadt Brüssel. Beim Lobbying gibt es keinerlei Balance zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Interessen. Die Kommission konzentriert sich zum allergrößten Teil darauf, den Interessen von Konzernen gerecht zu werden. Dabei vergisst sie völlig, dass sie dem Gemeinwohl verpflichtet ist.

Von rund 22.000 Terminen, die die KommissarInnen, ihre KabinettsmitarbeiterInnen sowie GeneraldirektorInnen wahrnahmen, entfielen rund 16.540 auf Treffen mit VertreterInnen von Unternehmen oder Unternehmensverbänden. Zum Vergleich: Alle nationalen und europäischen Gewerkschaften zusammen erhielten im gleichen Zeitraum ganze 168-mal die Gelegenheit, mit dieser Kommissionsebene zu sprechen.

Letztlich sind auch die EU-EntscheidungsträgerInnen selbst in der Pflicht, bei ihrer Terminplanung für eine Balance unterschiedlicher Interessen zu sorgen und so ihren Auftrag, die Achtung des Gemeinwohls, zu erfüllen.

Lesen Sie mehr: awblog.at/dominanz-konzernlobbys-eu

Saubere Luft für Österreich?

Franz Greil

Luftverschmutzung ist das größte umweltbedingte Gesundheitsrisiko in Europa. In Österreich sterben laut Europäischer Umweltagentur rund 7.500 Menschen vorzeitig an den Folgen der Luftverschmutzung. In der gesamten EU sind dies sogar rund 400.000 Menschen. Zusätzlich fallen noch weitere Kosten für Gesundheit und Natur an.

Politischer Handlungsbedarf besteht in Österreich vor allem bei der Verringerung von Ammoniak in der Luft, das fast ausschließlich von der Landwirtschaft verursacht wird. Österreich hätte bis zum 1. April 2019 einen Plan mit konkreten Maßnahmen für eine gesunde Luft beschließen müssen. Das angebliche „Umweltmusterland“ tritt aber auf der Stelle, weil die österreichische Agrarlobby alles verhindert. Damit riskiert die „Nachhaltigkeitsministerin“ ein Vertragsverletzungsverfahren durch die EU-Kommission.

Für eine saubere Luft ist in Österreich also noch immer „Luft nach oben“. Erst recht, wenn das Potenzial in der Landwirtschaft gehoben wird. Aber dafür muss Nachhaltigkeit in dem gleichnamigen Ministerium eben anders gelebt werden.

Lesen Sie mehr: awblog.at/saubere-luft-fuer-oesterreich

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:

awblog.at

Sie finden uns auch auf Facebook & Twitter
facebook.com/arbeitswirtschaft & twitter.com/AundW



Nicht zuletzt

von

Renate Anderl,
AK-Präsidentin

Respekt statt Spaltung

Die AK-Wahlen sind geschlagen, und das Ergebnis kann sich wirklich sehen lassen. In Wien konnte die Wahlbeteiligung erhöht werden und auch das Plus für die FSG zeigt, dass wir mit den Wahlkampfthemen richtig gelegen sind. Das Motto meiner Wahlkampagne war „Respekt“, und man hat immer stärker den Eindruck, dass die Regierung diesen Respekt nicht nur den ArbeitnehmerInnen verweigert, sondern auch deren Interessenvertretung.

In den letzten Monaten hat sich der Umgangston ziemlich verschärft. Einige FPÖ-Abgeordnete haben für Betriebsräte nur noch obszöne Schimpfwörter übrig. Für den ÖVP-Klubobmann oder den Wirtschaftsbund scheinen AK und ÖGB die politischen Gegner zu sein, die mit aller Macht bekämpft werden müssen. Die Analyse der AK-Wahl hat ergeben, dass die Unzufriedenheit mit der Regierung für viele ein wichtiger Grund war, wählen zu gehen.

Feindbild Arbeiterkammer?

Der Druck auf die Beschäftigten steigt, auch die Anforderungen in der Arbeitswelt werden immer höher, und die Menschen spüren das. Die mühsam erkämpften Rechte von ArbeitnehmerInnen werden immer öfter infrage gestellt, und wer sie verteidigt, gilt schnell als lästiger Bremsklotz auf dem Weg zu einer Republik der Unternehmer.

Der „neue Stil“ kommt ohne Dialog mit der Arbeiterkammer aus. Die Wahl im Betrieb soll abgeschafft und die AK finanziell ausgehungert werden. Seit einem Jahr droht man uns mit der Kürzung der Umlage. Wir haben bereits letzten Sommer einen Reformvorschlag in Form des Zukunftsprogramms vorgelegt: Kein einziges Regierungsmitglied hat es bis dato der Mühe wert gefunden, mit uns darüber zu reden.

Das ist sehr bedauerlich, passt aber gut ins Bild. Es fällt auf, dass die ständige Kritik an den AK-Beiträgen nie von unseren Mitgliedern kommt, sondern ausschließlich von Arbeitgeberseite. Die AK genießt – im Gegensatz zur Bundesregierung – enorm hohe Vertrauenswerte in der Bevölkerung und wird von ihren Mitgliedern sehr geschätzt. Mehr als 500 Millionen Euro holt die AK jedes Jahr für ihre Mitglieder zurück.

Ein großer Teil dieses Geldes wurde den ArbeitnehmerInnen von Unternehmen unrechtmäßig vorenthalten. Arbeitgeber, die geltende Gesetze missachten, haben natürlich wenig Freude mit einer starken AK. Im Alltag sitzt nämlich grundsätzlich der Chef auf dem längeren Ast – und die AK ist die Säge, die für Ausgleich sorgt.

Mittlerweile ist auch völlig klar, dass es nicht um das Kammersystem an sich geht, denn öffentlich kritisiert wird ausschließlich die AK. Von Ärztekammer, Notariatskammer, Landwirtschafts-

kammer oder Apothekerkammer oder der Kammer der Ziviltechniker ist nie die Rede. Was sagt das über eine Regierung aus, wenn sie die gesetzliche Vertretung der ArbeitnehmerInnen derart unter Beschuss nimmt? Welche Interessen werden bedient, wenn man alles dafür tut, dass die AK nicht mehr als Anwältin der arbeitenden Menschen fungieren kann?

Eindeutige Motive

Wie momentan mit den Bedürfnissen von fast vier Millionen AK-Mitgliedern umgegangen wird: – das hat es in der Zweiten Republik so noch nicht gegeben. Das ist die völlige Abkehr vom sozialpartnerschaftlichen Dialog, der Österreich so erfolgreich gemacht hat. Die Motive dafür sind eindeutig: Man kann mit den Beschäftigten natürlich leichter umspringen, wenn es keine gut aufgestellte Vertretung gibt. Wer die AK schwächen will, dem geht es nicht um eine Entlastung, sondern ausschließlich um mehr Belastung der ArbeiterInnen und Angestellten.

Ich halte das für den falschen Weg. Es schadet unserem Land und den Menschen, wenn man die Vertretung der ArbeitnehmerInnen zum Feindbild erklärt. Die Arbeiterkammer ist ein Haus des Fachwissens, und unsere Tür ist immer offen. Unsere Mitglieder wissen das, und die Regierung sollte es eigentlich besser wissen.

News von den AK-Wahlen

Mitglieder stärkten AK den Rücken

Wie die Wahlanalyse von SORA zeigt, genießt die AK höchstes Vertrauen bei den WählerInnen.

Die AK-Wahlen sind geschlagen, und die Arbeiterkammer darf sich über eine enorme Rückendeckung durch ihre Mitglieder freuen. Dies zeigen nicht nur die Wahlergebnisse, sondern auch die Analyse des Instituts SORA zu den Wahlen in Wien. Demnach genießt die AK höchstes Vertrauen – ein deutlich höheres Vertrauen als die Regierung oder die Parteien. Die Wichtigkeit der AK ist bei den Wäh-

lerInnen aller Fraktionen, aber auch bei den Nicht-WählerInnen unumstritten. Das Institut SORA hat 1.002 wahlberechtigte Wiener ArbeitnehmerInnen befragt.

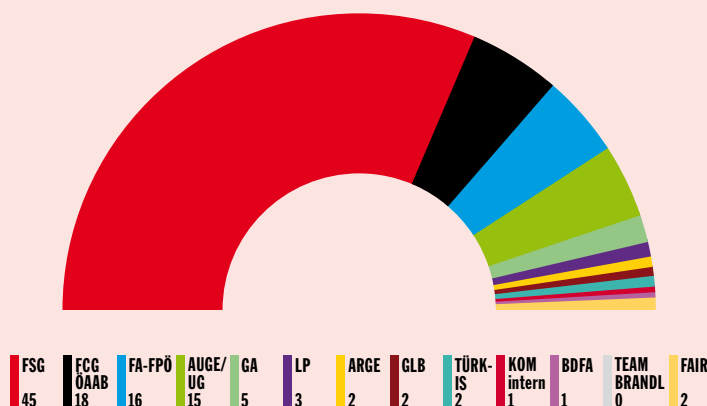
Ein Drittel der Befragten sagt, sie seien vom 12-Stunden-Tag betroffen. Jeder Zweite gibt an, unter zunehmendem Druck am Arbeitsplatz zu leiden. Wahlmotive waren weiters die Ablehnung der Arbeitszeitpolitik

der Regierung und die Enttäuschung darüber, dass die Bundesregierung nichts gegen steigende Mieten unternimmt. So waren für 67 Prozent der Befragten leistbares Wohnen und soziale Gerechtigkeit bei den Steuern sehr wichtig. Fast jeder zweite Befragte sprach sich gegen die 60-Stunden-Woche aus.

Wien:

Die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen (FSG) haben mit 60,7 Prozent und einem Zugewinn von zwei Prozent einen klaren Wahlsieg eingefahren. „Gerade jetzt, wo die Regierung einseitig die Wünsche von Industrie und Wirtschaft erfüllt, zeigt sich, wie wichtig die Arbeiterkammer ist“, freute sich Spitzenkandidatin Renate Anderl.

„Die AK-Mitglieder haben aufgezeigt, dass sie eine starke Vertretung haben wollen“, so die wiedergewählte AK-Präsidentin.

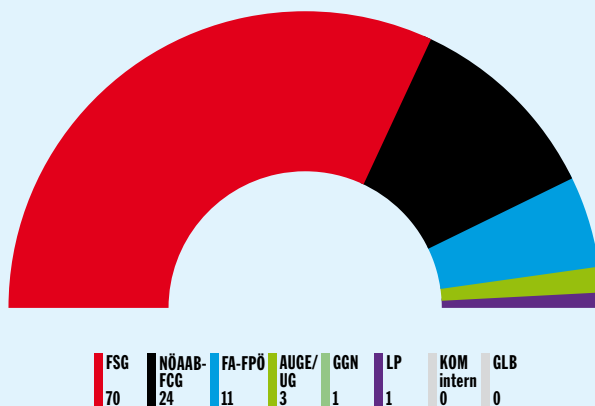


Niederösterreich:

Die FSG ist mit 61,9 Prozent als klarer Sieger aus der AK-Wahl hervorgegangen. Sie konnte sogar noch zulegen und die absolute Mehrheit ausbauen.

Spitzenkandidat Markus Wieser zeigte sich erfreut: „Das Ergebnis stärkt unseren Auftrag, die Beschäftigten zu schützen und zu unterstützen.“

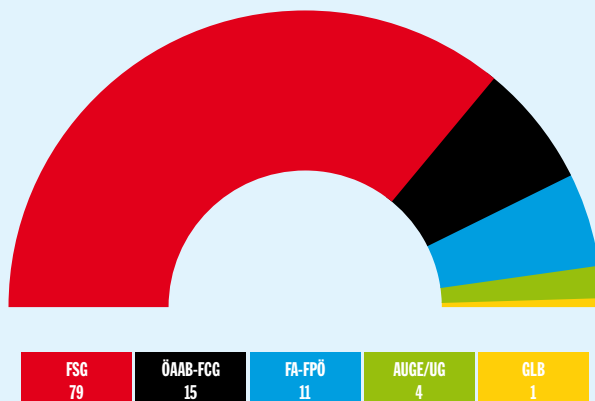
Jetzt gehe es darum, weiterhin die berechtigten Interessen und Anliegen gegenüber der Bundesregierung zu vertreten, erklärte der wiedergewählte AK-Präsident.



News von den AK-Wahlen

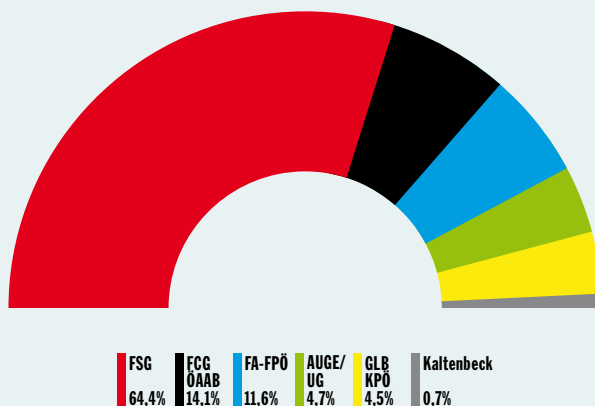
Oberösterreich:

Die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen haben von einem hohen Niveau noch einmal deutlich auf 71,01 Prozent zugelegt und wurden mit Abstand stimmenstärkste Fraktion. Es ist das historisch beste Ergebnis der FSG. Spitzenkandidat Johann Kalliauer: „Für dieses überwältigende Vertrauen möchte ich mich bei allen Wählerinnen und Wählern herzlich bedanken. Sie haben damit ein kräftiges Votum für eine starke AK abgegeben und ein klares Signal an jene Kräfte ausgesandt, die sie politisch schwächen und finanziell beschneiden wollen.“



Steiermark:

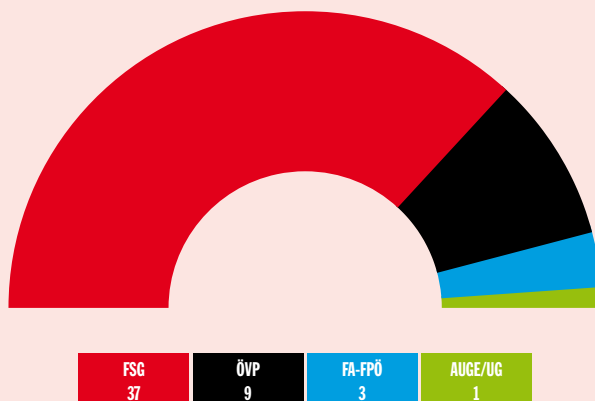
Mit mehr als 64 Prozent der Stimmen und einem Zuwachs von 6,7 Prozent ist die FSG klare Siegerin der AK-Wahlen. Spitzenkandidat Josef Pesserl sprach von einem beeindruckenden Ergebnis: „Ich bin von Freude und Demut durchflutet.“ Pesserl versprach, sorgsam mit dem ausgesprochenen Vertrauen umzugehen. Ein Wermutstropfen ist die abermals gesunkene Wahlbeteiligung. Pesserl appellierte eindringlich an die Bundesregierung: „Nehmt Abstand davon, die Betriebswahlsprenkel zu beseitigen.“



Burgenland:

Mit 72,9 Prozent der Stimmen sind die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen weiterhin die stärkste Kraft in der AK-Vollversammlung. Die FSG stellt somit weiterhin den Präsidenten.

„Es freut mich natürlich, wenn die Wählerinnen und Wähler ein so klares Ergebnis für die Zusammensetzung des Arbeitnehmerparlaments gewählt haben. Sie haben den bisherigen Kurs in beeindruckender Form bestätigt“, sagte FSG-Spitzenkandidat und AK-Präsident Gerhard Michalitsch gegenüber dem ORF.



Man kann nicht alles wissen ...

Armutsgefährdungsschwelle: Die aktuelle Armutsgefährdungsschwelle (60 Prozent des Median-Einkommens) beträgt € 1.259 monatlich für einen Ein-Personen-Haushalt in Österreich. Der Wert erhöht sich um den Faktor 0,5 pro weitere erwachsene Person im Haushalt und um den Faktor 0,3 pro Kind (unter 14 Jahren). 14,3 Prozent der Bevölkerung (1.238.000 Menschen) sind armutsgefährdet. Zusätzliche 3,2 Prozent sind ausgrenzungsgefährdet, das heißt, die Personen sind erheblich materiell depriviert oder leben in Haushalten mit keiner/sehr geringer Erwerbsintensität. (Seite 20)

Cortisol (Kortisol): (Stress)Hormon, das in der Nebennierenrinde mithilfe eines sensiblen Hormon-Regelkreises produziert wird. Es hat zahlreiche Aufgaben im Körper, u. a. die Bereitstellung von Energie aus den Energiespeichern des Körpers; Blutdruck und Blutzucker steigen, was kurzfristig sinnvoll ist, langfristig aber schadet. Die immunsystemdämpfende, entzündungshemmende Wirkung von Cortisol wird in synthetischen Kortison-Präparaten genutzt. (Seite 28)

Deservingness: Verdienstlichkeit; Anglizismus, abgeleitet von „deserve“ (= verdienen) und Bezeichnung dafür, dass (nur) gute Taten und Leistungen auch Vorteile bringen. (Seite 7)

EU-Entsenderichtlinie: Ziel der 1996 erstellten Richtlinie war ein rechtlicher Rahmen für grenzüberschreitende Dienstleistungen innerhalb der EU. Entsendete ausländische ArbeitnehmerInnen müssen nach ortsüblichen Löhnen und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden. Die Richtlinie wurde 2018 reformiert, die Anpassung in den Mitgliedsländern muss spätestens 2020 erfolgen. Für Österreich, wo die Entlohnung durch das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz bereits geregelt war, waren vor allem die Veränderungen bei Langzeit-Entsendungen relevant. (Seite 27)

Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung: 1974 in Wien durch ein Übereinkommen zwischen den Vereinten Nationen und der österreichischen Bundesregierung gegründetes, internationales sozialwissenschaftliches Forschungszentrum. Die Mitgliedsstaaten werden durch National Liaison Officials vertreten. Diese sind meist höhere und Spitzenbeamte des für Soziales zuständigen Ministeriums oder anerkannte ForscherInnen und ExpertInnen (in Österreich u. a. der Sozialpartner). Haupteinnahmequellen des Zentrums: Budgetbeiträge der Mitgliedsländer und des Gastlandes, Fonds aus dem internationalen Forschungsmarkt. (Seite 17)

Exoskelett: äußere Stützstruktur eines Organismus, hier maschinelle, computergestützte Anzüge. (Seite 36)

Extramurale Betreuung: Pflege und Betreuung außerhalb von Pflege- und SeniorInnenwohnheimen oder Spitälern; in der Regel also zu Hause. (Seite 37)

Framing(-Effekt): beschreibt die Tatsache, dass eine Botschaft, eine Tatsache oder ein Ereignis durch unterschiedliche Beschreibungen/Formulierungen/Herangehensweisen (durch einen neuen Rahmen = Frame) unterschiedliche Auswirkungen haben kann bzw. unterschiedlich wahrgenommen wird. Beispiel: Wer erreichen will, dass Menschen mit dem Rauchen aufhören, kann versuchen, dies durch eindringliche Darstellung der negativen Folgen (Husten, verkürzte Lebenserwartung etc.) zu erreichen (Verlust-Framing). Mehr Erfolg verspricht allerdings das sogenannte Gewinn-Framing, indem man die positiven Auswirkungen der Nikotinabstinenz betont. (Seite 11)

Integrationsjahr: 2017 eingeführte Integrationsmaßnahme; wer ab 2015 als asylberechtigt oder subsidiär schutzberechtigt anerkannt wurde und keinen Arbeitsplatz gefunden hat, konnte bzw. musste (bei ausreichenden Deutschkenntnissen) höchstens ein Jahr lang an einem Arbeitstraining teilnehmen. Seit 1. April 2019 kann kein Integrationsjahr mehr angetreten werden. (Seite 13)

London School of Economics (and Political Science): 1895 gegründete staatliche Elite-Universität in London; ein Viertel aller bisher vergebenen Wirtschaftsnobelpreise entfallen auf Preisträger, die mit der LSE in Verbindung stehen. 2018 erreichte sie den zweiten Platz weltweit in den QS-Hochschul-Rankings. (Seite 37)

Nationaler Aktionsplan für Integration: Mit dem 2010 im Ministerrat beschlossenen Nationalen Aktionsplan für Integration (NAP.I) wurden erstmals alle integrationspolitischen Maßnahmen von Ländern, Gemeinden, Städten, Sozialpartnern und Bund gebündelt. Er umfasst Maßnahmen zur Förderung der Integration von MigrantInnen, EU-BürgerInnen bzw. Personen nicht deutscher Muttersprache sowie von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten, geteilt in sieben Handlungsfelder: Sprache und Bildung, Arbeit und Beruf, Rechtsstaat und Werte, Gesundheit und Soziales, interkultureller Dialog, Sport und Freizeit, Wohnen und die regionale Dimension der Integration. (Seite 12)

polemisch: streitbar; scharf und unsachlich (Seite 39)

Polypharmazie: regelmäßige Einnahme von mehreren Arzneimitteln, wobei die WHO hier die Grenze bei mehr als fünf zieht. Probleme können vor allem bei älteren Menschen nicht nur durch die Wechselwirkungen entstehen, sondern auch

durch den Einsatz ungeeigneter Medikamente. (Seite 37)

Sandberg, Sheryl: US-Geschäftsfrau, geb. 1969, seit 2008 Co-Geschäftsführerin von Facebook. Sie zählt zu den reichsten und mächtigsten Frauen der Welt und positioniert sich als Vertreterin einer neuen amerikanischen Frauenbewegung. Bücher: „Lean in: Women, Work, and the Will to Lead“; „Option B: Wie wir durch Resilienz Schicksalsschläge überwinden und Freude am Leben finden“. (Seite 20)

Salvini, Matteo: italienischer Journalist und Politiker der Lega Nord, geb. 1963; 2004 bis 2018 Abgeordneter im Europäischen Parlament, seit Mitte 2018 Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident. Salvini ist Gegner des Euro, schlug 2009 die Trennung von Einwanderern und ItalienerInnen in Eisenbahnwaggons vor. Im August 2018 war Salvini in den Schiffszweilen, weil auf seine Anweisung die schiffbrüchige „Aquarius“ mit mehr als 600 Flüchtlingen an Bord nicht in einen italienischen Hafen einlaufen durfte. (Seite 41)

Segregation: Trennung von Personengruppen mit bestimmten Merkmalen, z. B. räumliche Trennung der Wohngebiete von (sozialen) Teilgruppen. (Seite 13)

Spinoza, Baruch de: niederländischer Philosoph (1632–1677); er gilt als einer der Begründer der modernen Bibel- und Religionskritik und wird dem Rationalismus zugeordnet. Der Sohn portugiesischer Immigranten wurde aus der jüdischen Gemeinde Amsterdams ausgeschlossen und 1656 aus der Stadt verbannt. Seine philosophischen Schriften beeinflussten später u. a. Goethe, Lessing, Hegel und Nietzsche. (Seite 17)

Trade-off: Kosten-Nutzen-Abwägung; gegenläufige Abhängigkeit/umgekehrte Proportionalität. (Seite 8)

Vaterländische Front: Organisation im austrofaschistischen Ständestaat, die nach der Ausschaltung von Demokratie, Parlament und Opposition als Einheitspartei mit Monopolstatus fungierte. Gründer war 1933 Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (Seite 4)

Wording: Sprachregelung (Seite 19)

Zweite Generation: Laut Definition der UNECE (United Nations Economic Commission for Europe) gelten als Menschen mit Migrationshintergrund alle Personen, deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden. Unterschieden wird in MigrantInnen erster Generation, also im Ausland Geborene, und MigrantInnen zweiter Generation, also im Inland geborene Kinder von Zuwanderern. Demzufolge leben rund zwei Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich, davon knapp 530.000 in zweiter Generation. (Seite 12)



Umbrüche. Umdenken

Arbeit und Gesellschaft aus wissenschaftlicher und betrieblicher Perspektive

Kreiml Thomas, Hofmann Julia, Weiss Hilde (Hrsg.)

236 Seiten / EUR 29,90 / ISBN 978-3-99046-382-6

Wie geht es den Angestellten in der heutigen Arbeitswelt? Wie wirken sich ihre Erfahrungen im Arbeitsleben auf politische Sichtweisen und Einstellungen aus? In diesem Buch geht es um Veränderungen, die am Arbeitsplatz erfahren und spürbar werden. Es geht um Arbeit und ihre Entgrenzung, es geht um Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf das psychische Befinden der ArbeitnehmerInnen. Und es geht um die Folge- und Wechselwirkungen gesellschaftlicher und arbeitsbezogener Veränderungen in Bezug auf soziale Verunsicherung, Entsolidarisierung und soziale Gerechtigkeit. Die verschiedenen Perspektiven aus Wissenschaft und der betrieblichen Praxis auf aktuelle Entwicklungen zeigen letztlich, dass wir alle mehr erleben als nur Veränderungen. Es sind Umbrüche, mit denen wir es zu tun haben. Und es ist ein Umdenken im Wechsel der Perspektiven, das notwendiger denn je geworden ist und zu dem dieses Buch anregen will.

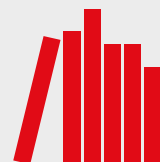
VERSANDKOSTENFREI BESTELLEN IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

DIREKT IN DER FACHBUCHHANDLUNG DES ÖGB-VERLAGS

1010 Wien, Rathausstraße 21

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136





DAFÜR BAUEN WIR AUF GERECHTIGKEIT.

adobe stock.com / Halfpoint

DAFÜR
OGB

Der Österreichische Gewerkschaftsbund ist für dich und deine Freizeit da. Für dich und deine Familie. Für Gleichstellung. Für starke Mitbestimmung. Für gesunde und gerechte Arbeitsbedingungen. Für faire Einkommen. Und für vieles, vieles mehr.

Für Gerechtigkeit. Dafür sind wir da. **Jetzt mehr erfahren: dafür.oegb.at**

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns
bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige
Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW